

16/2017

Heiko Giebler und Sven Regel

WER WÄHLT RECHTSPOPULISTISCH?

Geografische und individuelle
Erklärungsfaktoren bei sieben
Landtagswahlen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik verknüpft Analyse und Diskussion an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit, um Antworten auf aktuelle und grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu geben. Wir bieten wirtschafts- und sozialpolitische Analysen und entwickeln Konzepte, die in einem von uns organisierten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit vermittelt werden.

WISO Diskurs

WISO Diskurse sind ausführlichere Expertisen und Studien, die Themen und politische Fragestellungen wissenschaftlich durchleuchten, fundierte politische Handlungsempfehlungen enthalten und einen Beitrag zur wissenschaftlich basierten Politikberatung leisten.

Über die Autoren

Dr. Heiko Giebler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ und beschäftigt sich u. a. mit Wahl- und Einstellungsforschung. Er ist seit 2017 einer der Leiter des Projekts „Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus“ (Kurztitel: DIR) am WZB.

Sven Regel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ und beschäftigt sich mit Parteien- und Abgeordnetenforschung sowie Wahlgeografie.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Philipp Fink leitet in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik den Arbeitsbereich Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik.

Heiko Giebler und Sven Regel

WER WÄHLT RECHTSPOPULISTISCH?

Geografische und individuelle
Erklärungsfaktoren bei sieben
Landtagswahlen

3	VORWORT
4	KURZFASSUNG
5	1 EINLEITUNG
6	2 HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG
8	3 MODELLE DES WAHLVERHALTENS UND RECHTSPOPULISMUS
11	4 VORGEHENSWEISE DER STUDIE
12	5 REGIONALE DISPARITÄTEN UND DAS ABSCHNEIDEN DER AfD AUF KREISEBENE
12	5.1 Regionale Disparitäten auf Kreisebene
14	5.2 Erklärung der AfD-Wahlergebnisse auf Kreisebene
17	6 DETERMINANTEN DER INDIVIDUELLEN WAHLENTSCHEIDUNG FÜR DIE AfD
17	6.1 Generelle Muster der individuellen Wahlentscheidung
19	6.2 Spezifische Muster der Wahlentscheidung in den Bundesländern
22	7 FAZIT
24	8 ANHANG
24	8.1 Datengrundlage, Methoden und detaillierte Ergebnisse für Kapitel 5
25	8.2 Datengrundlage, Methoden und detaillierte Ergebnisse für Kapitel 6
28	Abbildungsverzeichnis
28	Tabellenverzeichnis
29	Literaturverzeichnis
30	Datensätze und -quellen

VORWORT

In den Niederlanden, Großbritannien oder in Frankreich haben rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren einen beträchtlichen Zuspruch erfahren. Auch in Deutschland hat die Zustimmung in der Bevölkerung zum rechtspopulistischen Politikangebot deutlich zugenommen. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) konnte eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag einziehen. Sie sitzt ebenfalls inzwischen in 14 Länderparlamenten.

Für diese Entwicklung werden in der deutschen Debatte verschiedene Erklärungsansätze bemüht. Die Wähler_innen rechtspopulistischer Parteien äußerten damit ihren Unmut über die etablierten politischen Parteien, heißt es etwa. Sie seien mit dem Regierungshandeln bspw. in Fragen der Flüchtlingspolitik nicht einverstanden. Sie fühlten sich zudem mit ihren Sorgen und Nöten nicht ernst genommen. Außerdem ist in der Debatte zu hören, dass rechtspopulistisch orientierte Bürger_innen häufiger in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Abwanderung wohnten. Sie hätten eher autoritäre, chauvinistische und fremdenfeindliche Einstellungen, die nun ihren Ausdruck fänden. Doch was ist davon empirisch überprüfbar, und welche Aussagen haben eine starke Erklärungskraft?

Dr. Heiko Giebler und Sven Regel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung haben in der vorliegenden Studie Antworten auf diese Fragen anhand der Auswertung von Wahlergebnissen vergangener Landtagswahlen formuliert. Zudem wurden sozioökonomische und demografische Daten ausgewertet, um ein Bild über die soziale und wirtschaftliche Situation rechtspopulistisch orientierter Bürger_innen zu bekommen. Ihre Aussagekraft wurde mit Untersuchungen zu politischen Einstellungen verglichen.

Herausgekommen ist, dass sich die Aussagen nicht verallgemeinern lassen. Das Bild der rechtspopulistischen Wähler_innen als „arm, ungebildet, männlich und ostdeutsch“ stimmt so nicht, ebenso wenig wie, dass es sich um die „Rache der Wähler_innen aus vergessenen Regionen“ handelt. Stattdessen sind die Gründe für die jeweilige politische Präferenz differenzierter zu betrachten.

Im Interesse der demokratischen Kultur unseres Gemeinwesens besteht somit die doppelte Herausforderung, einerseits den Dialog zwischen Bürger_innen und Politiker_innen

zu intensivieren, ebenso wie die politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Andererseits bedarf es auch der Formulierung neuer strukturpolitischer Antworten, die darauf abzielen, sowohl die soziale und ökonomische Situation als auch den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu verbessern.

DR. PHILIPP FINK

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Friedrich-Ebert-Stiftung

KURZFASSUNG

- Seit der Europawahl im Jahr 2014 gewann die rechtspopulistische AfD bei allen Landtagswahlen und auch der Bundestagswahl genug Stimmen, um Parlamentsmandate zu erringen. Diese Studie geht dem Wahlerfolg der Partei bei sieben Landtagswahlen zwischen 2014 und 2016 bezüglich des Einflusses von Soziodemografie, Einstellungen und Bewertungen nach und nutzt dabei sowohl aggregierte Daten auf Ebene der Kreise als auch Umfragedaten aus den Bundesländern.
- Auf Ebene der Kreise zeigen sich systematische Zusammenhänge zwischen einigen soziodemografischen Merkmalen und dem Wahlerfolg der AfD. Eine höhere Arbeitslosenquote, ein geringer Ausländeranteil und ein geringerer Anteil Hochgebildeter begünstigen das Abschneiden der AfD.
- Bezogen auf die individuelle Wahlentscheidung sind Einstellungen und Bewertungen generell relevanter als soziodemografische Merkmale. Vor allem die Unzufriedenheit mit der Leistung der (Landes-)Regierung und soziokulturell rechte Einstellungen zeitigen einen großen Effekt. Daneben sind aber auch soziodemografische Faktoren von Bedeutung: Frauen wählen seltener die AfD, was auch für höher gebildete Personen gilt.
- Generell zeigt diese Studie, dass sich klarere Muster für die Landtagswahlen im Jahr 2016 als für frühere Wahlen identifizieren lassen. Es hat also eine gewisse Strukturierung des politischen Wettbewerbs und eine Homogenisierung der AfD-Wähler_innen stattgefunden. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Dominanz soziokultureller Themen – allen voran der sogenannten Flüchtlingsdebatte.
- Für beide Analyseebenen ergeben sich zudem relevante räumliche Unterschiede in den Erklärungsfaktoren. In ihrer Gesamtheit fußt die Unterstützung der AfD also auf komplexeren und durchaus kontextabhängigen Mustern. Vereinfachende Aussagen wie „männlich, arm, ungebildet und politisch enttäuscht“ für Gesamtdeutschland greifen zu kurz.

1

EINLEITUNG

Innerhalb nur weniger Jahre ist es der Alternative für Deutschland (AfD) gelungen, sich im Parteienspektrum in Deutschland zu etablieren. Schon kurz nach ihrer Gründung konnte sie beachtliche Wahlergebnisse erzielen, und seit 2014 hat sie in allen Wahlen parlamentarische Repräsentation erringen können. Ihren größten Erfolg feierte die Partei ohne Zweifel bei der vergangenen Bundestagswahl: mit bundesweit 12,6 Prozent der Zweitstimmen und drei gewonnenen Direktmandaten ist sie nun auch auf der Bundesebene angekommen. Bei der Suche nach der richtigen Strategie im Umgang mit den Erfolgen der AfD ist zu klären, welcher Teil der Bevölkerung sich vom Rechtspopulismus dieser Partei angesprochen fühlt und welche Gründe sich für eine entsprechende Wahlentscheidung finden lassen.

In unserer Studie gehen wir diesen Fragen mit Blick auf sieben Landtagswahlen nach, die zwischen 2014 und 2016 stattgefunden haben. Auf diese Weise kann nicht nur eine zeitliche Entwicklung der Partei bis hin zur Bundestagswahl 2017 nachgezeichnet werden, sondern wird es auch möglich, auf geografische Unterschiede einzugehen. Letztere fielen ja auch bei der Bundestagswahl durchaus erheblich aus. Wir untersuchen diese Wahlen sowohl auf Ebene der Kreise als auch mithilfe von Bevölkerungsumfragen. Dabei berücksichtigen wir politische Einstellungen und soziodemografische Lebensrealität bzw. deren Einfluss auf die Entscheidung der Wähler_innen für oder gegen die AfD. Ziel ist es zudem, mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die zwischen den Landtagswahlen bestehen, herauszuarbeiten. Dabei zeigt sich: Vereinfachende Aussagen wie „männlich, arm, ungebildet und politisch enttäuscht“ für Gesamtdeutschland greifen zu kurz. Ein differenzierter Blick ist notwendig.

Bevor wir uns den Faktoren, die eine Wahlentscheidung für die AfD beeinflussen, zuwenden, möchten wir in Kapitel 2 kurz auf das aktuelle Phänomen rechtspopulistischer Parteien eingehen und die konkrete Zielsetzung dieser Studie vorstellen. Das unserer Untersuchung zugrunde liegende Modell zur Erklärung von Wahlverhalten beruht auf einem integrativen Ansatz, der in Kapitel 3 vorgestellt wird. Unsere konkrete empirische Vorgehensweise ist Gegenstand von Kapitel 4.

In Kapitel 5 und 6 befassen wir uns dann ausführlich mit der Vielzahl an Faktoren, die auf unterschiedliche Art und

Weise eine Wahlentscheidung für oder gegen die AfD beeinflussen. Kapitel 5 analysiert die soziodemografischen und sozioökonomischen Kontextbedingungen der AfD-Wahlergebnisse in zwei Schritten. Zunächst werden die regionalen Unterschiede der AfD-Ergebnisse und die regionalen soziodemografischen und sozioökonomischen Disparitäten herausgearbeitet. Anschließend untersuchen wir den Zusammenhang zwischen diesen Kontextbedingungen und dem Abschneiden der AfD mit einer multivariaten Analyse. Kapitel 6 nimmt eine Analyse des individuellen Wahlverhaltens vor. Hier befassen wir uns einerseits mit der Frage, ob und welche generellen Muster sich über alle sieben Landtagswahlen hinweg ausmachen lassen. Andererseits blicken wir auf die einzelnen Landtagswahlen im Besonderen und zeigen Unterschiede zwischen diesen auf. In Kapitel 7 fassen wir die Ergebnisse noch einmal zusammen und ziehen ein Fazit.

2

HINTERGRUND UND ZIELSETZUNG

Der durch eine Volksabstimmung beschlossene Austritt Großbritanniens aus der EU und die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sind aktuell die vielleicht größten und global betrachtet bedeutsamsten Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen. Tatsächlich stehen sie aber nur stellvertretend für massive Veränderungen der politischen Landschaft in vielen (etablierten) Demokratien. In Österreich, der Schweiz oder den Niederlanden sind rechtspopulistische Parteien schon lange eine zentrale politische Kraft, und in Ungarn setzt die Regierung um Viktor Orbán bereits erfolgreich Maßnahmen um, welche die Demokratie des Landes schwächen. Auch in Deutschland ist mit der AfD eine rechtspopulistische Partei dabei, sich in den Parlamenten zu etablieren. Bei der Bundestagswahl 2017 hat sich gezeigt, dass dies auch auf Bundesebene möglich ist. Tatsächlich kann konstatiert werden, dass es seit dem Aufkommen ökologischer Parteien in den 1980er Jahren keine neue Parteilinie gab, die so schnell und umfangreich Erfolge feiern konnte wie die rechtspopulistischen Parteien.

In gewisser Weise repräsentiert Rechtspopulismus den Zeitgeist – zumindest für Teile der Bevölkerung – und stellt sich dabei gegen die offene Gesellschaft und die repräsentative Demokratie in ihrer aktuellen Form. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen durchaus in ihrer spezifischen Ausrichtung (Taggart 2000: 5). Geschuldet ist dies nicht zuletzt der inhärenten Logik der Selbstdefinition dieser Parteien als Vertreter und Verteidiger eines kollektiven Wirs, des Volks, gegen innere und äußere Bedrohungen (Mudde 2007; Zick et al. 2016). Sowohl die Definition des homogenen Wirs als auch die der Bedrohungen erfolgt dabei kontextbezogen, woraus sich relevante Unterschiede zwischen den rechtspopulistischen Parteien ergeben können. Im Kern ist ihnen jedoch im Sinn einer dünnen Ideologie (Mudde 2007) gemein, dass sie auf Abgrenzung als identitätsstiftende Maßnahme setzen. Das Wir wird gegen „die da oben“, also zum Beispiel gegen politische Eliten, die Medien, Gerichte oder supranationale Institutionen, und gegen „die da draußen“, zum Beispiel Personen mit Migrationshintergrund, mit anderem Glauben oder sexuellen Orientierungen, verteidigt (Lewandowsky et al. 2016). Die vertikale Abgrenzung steht dabei für die populistische

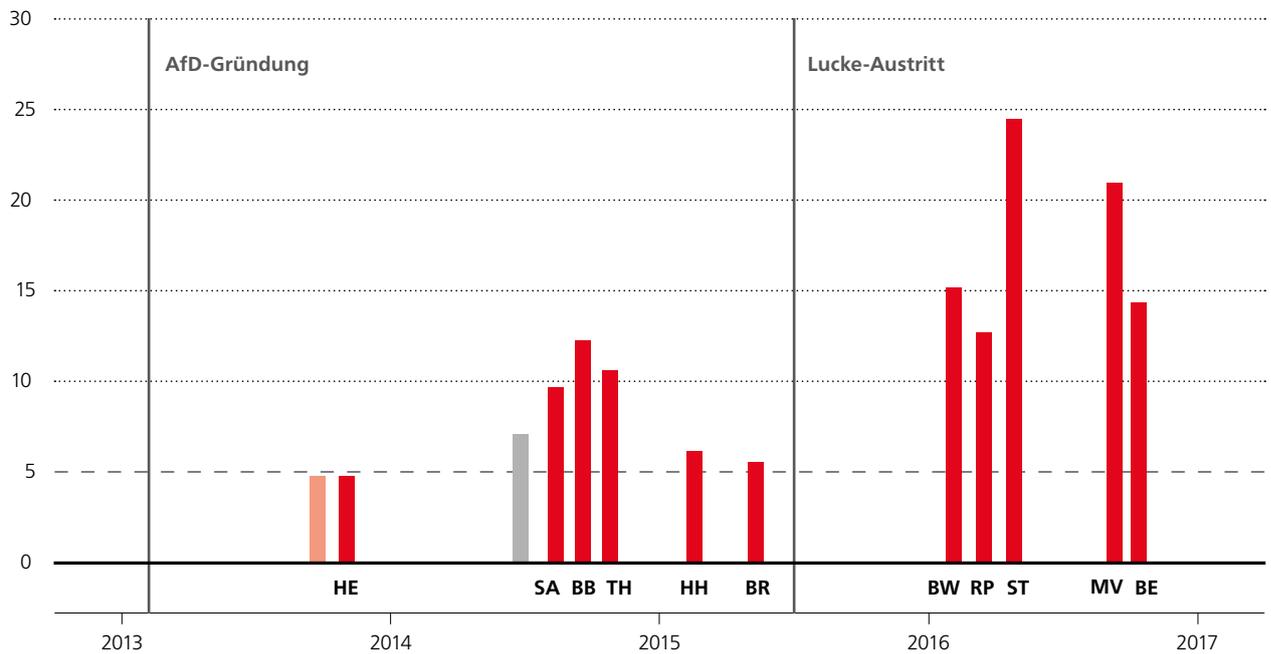
Dimension, während die horizontale Abgrenzung einem soziokulturell rechten Einstellungssystem entspricht. In Bezug auf die jeweiligen (politischen) Gegner der rechtspopulistischen Parteien gibt es zwar Überschneidungen – letztlich werden diese aber stark vom konkreten Kontext eines Landes bestimmt.

Bezogen auf den Rechtspopulismus stellt Deutschland, sicherlich bedingt durch die Erfahrung des Nationalsozialismus, einen Nachzügler dar (Arzheimer 2015). Zwar traten rechte Parteien immer wieder in Erscheinung und waren auch durchaus in einzelnen Bundesländern erfolgreich; die Entwicklung der AfD scheint jedoch nach aktuellem Stand eine andere Qualität zu besitzen. Bereits wenige Monate nach ihrer Gründung konnte die AfD Wahlergebnisse erreichen, die für eine neue Partei vergleichsweise hoch waren (vgl. Abbildung 1).

Bei der Bundestagswahl 2013 sowie der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen wurde die Fünf-Prozent-Hürde zwar noch knapp verfehlt. Seitdem gab es aber nur noch Ergebnisse jenseits der Hürde für eine parlamentarische Repräsentation, und sogar die Zehn-Prozent-Marke wurde in sieben der elf Wahlen zwischen 2014 und 2016 überschritten. Diese Wahlen fanden fast alle nach der politischen Neuorientierung, die der Austritt Bernd Luckes markiert, statt. Die Partei erzielte nunmehr deutlich bessere Ergebnisse und überschritt sogar zweimal 20 Prozent. Sicherlich auf der einen Seite angetrieben durch eine Welle der eigenen Erfolge war es aber vor allem die sogenannte Flüchtlingsdebatte, ausgelöst durch den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen in den vorangegangenen Monaten, die die programmatische Neuorientierung mit Wahlerfolgen bestätigte. Die AfD ist damit schnell zu einem relevanten politischen Akteur in Deutschland aufgestiegen – eine Tatsache, die jenseits der Wahlerfolge durch ihre mediale Präsenz und ihre zentrale Rolle bei der politischen Themensetzung noch verstärkt wird. Dies kulminierte nicht zuletzt in der zweifelhaften Themen- und Schwerpunktsetzung des TV-Duells im Vorfeld der Bundestagswahl.

In dieser Studie gehen wir der Frage nach, welche Faktoren für den Wahlerfolg der rechtspopulistischen AfD verantwortlich sind. Natürlich ist dies nicht die erste Analyse mit diesem Erkenntnisinteresse. Wir weichen aber in der Anlage unserer

Abbildung 1
Wahlergebnisse der AfD zwischen 2013 und 2016 (in Prozent)



Erklärung Abbildung 1:

- Die AfD erreicht vergleichsweise schnell beachtliche Wahlergebnisse und erringt seit 2014 in allen Wahlen parlamentarische Repräsentation.
- Nach dem Lucke-Austritt, der damit verbundenen politischen Neuorientierung und der Flüchtlingsdebatte legt die nun eindeutig rechtspopulistische Partei stark zu.

■ Bund
 ■ Europa
 ■ Land

Erläuterung: Die Höhe der Balken entspricht dem Stimmenanteil der AfD (bei mehr als einer Stimme dem Anteil der Parteistimmen) bei den unterschiedlichen Wahlen. Die Bundesländerabkürzungen sind wie folgt: Hessen (HE), Sachsen (SA), Brandenburg (BB), Thüringen (TH), Hamburg (HH), Bremen (BR), Baden-Württemberg (BW), Rheinland-Pfalz (RP), Sachsen-Anhalt (ST), Mecklenburg-Vorpommern (MV) und Berlin (BE). Zeitgleiche Wahlen sind zur Unterstützung der Lesbarkeit leicht versetzt dargestellt.

Studie insofern von Vorarbeiten ab, da wir erstens das Abschneiden der Partei in mehreren Landtagswahlen – und damit zwischen geografischen Einheiten und im Zeitverlauf – vergleichen. Zweitens präsentieren wir sowohl Analysen auf der Aggregatsebene, konkret auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte,¹ als auch auf der Ebene individueller Wahlentscheidungen. Es wird also der Blick auf räumliche Einheiten von der Perspektive der Umfrageforschung flankiert. Drittens tragen wir mit unserer Studie der Beobachtung Rechnung, dass Wahlentscheidungen auf einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren beruhen (können). Wir untersuchen deshalb nicht nur soziodemografische Einflüsse, sondern berücksichtigen auch Einstellungen und Bewertungen, die für oder gegen eine Stimme für die AfD sprechen können. Mithilfe dieses neuen und umfassenderen Zugangs leisten wir einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis des Erfolgs der AfD und können dabei vor allem auch geografische Disparitäten berücksichtigen und herausarbeiten.

¹ Im Sinne der Lesbarkeit verwenden wir im weiteren Verlauf den Begriff „Kreis“ auch für kreisfreie Städte.

3

MODELLE DES WAHLVERHALTENS UND RECHTSPOPULISMUS

Wahlforschung ist eine der ältesten Teildisziplinen der (politischen) Verhaltensforschung. Daher verwundert es nicht, dass wir heute mit einer historischen Entwicklung von Erklärungsansätzen und mit konkurrierenden Annahmen über die Beweggründe für eine Wahlentscheidung konfrontiert sind. In chronologischer Reihenfolge umfassen die Zugänge soziologische, sozialpsychologische und rationalistische Ansätze.² Vor allem in den letzten Jahren erfahren zudem Kontextfaktoren – etwa in Form der Institutionen des Wahlsystems oder der Wahlkämpfe – wieder eine größere Beachtung (Stone/Buttice 2010).

Mit der sich erhöhenden Differenzierung und steigenden Individualisierung der Gesellschaft lässt sich auch eine stärkere Heterogenisierung der Motivation für eine bestimmte Wahlentscheidung beobachten (Weßels et al. 2014). Dabei unterscheidet sich nicht nur die Motivation verschiedener Bürger_innen, sondern ein und dieselbe Person trifft ihre Wahlentscheidung nicht mehr monokausal. Faktoren, die stark die Wahlentscheidung prägen wie Parteineigung, Gewerkschaftsmitgliedschaft oder Konfession sind in der Gesamtbeurteilung weniger von Bedeutung. Ebenso wie historische politische Spaltungslinien verschwinden sie oder verlieren zumindest an strukturierender Kraft und schaffen so Platz für eine neue und eher individualisierte Themenagenda.

Die Wahlforschung hat schon früh auf diese Entwicklung reagiert und an verschiedenen Stellen einen integrativen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten vorgeschlagen (Miller/Shanks 1996: Kapitel 8; Weßels et al. 2014). Wir folgen dieser Strategie in der vorliegenden Studie – nicht zuletzt weil die Gründe für eine Wahl rechtspopulistischer Parteien im Allgemeinen und der AfD im Speziellen mit einer Vielzahl von Faktoren zusammenhängen. In Abbildung 2 präsentieren wir einen integrativen Ansatz in Form des sogenannten Kausaltrichters der Wahlentscheidung. Diesem Modell liegt die Annahme zugrunde, dass sich verschiedene die Wahlentscheidung beeinflussende Faktoren wechselseitig bedingen, aber

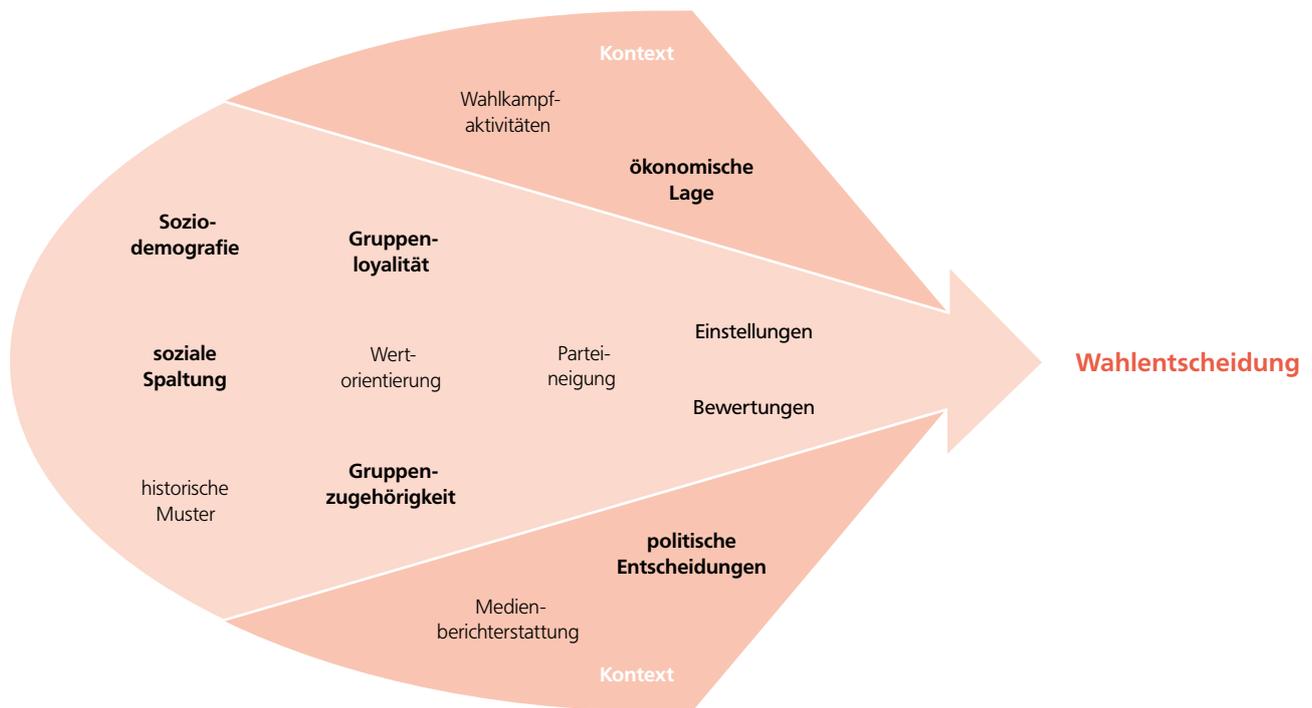
in eine gewisse Ordnung gebracht werden können. Je weiter man sich vom breiten zum schmalen Ende des Trichters bewegt, desto näher liegen die Faktoren an der tatsächlichen Wahlentscheidung. Vorgelagerte Faktoren wie etwa die Soziodemografie prägen in diesem Modell das Wahlverhalten zu einem geringeren Anteil direkt und zu einem größeren Anteil indirekt, insofern sie andere, im Trichter weiter rechts gelagerte Faktoren beeinflussen, die dann einen Effekt auf die Wahlentscheidung ausüben. Das Entscheidungsmodell ist dabei in einen spezifischen Kontext eingebettet, der beispielsweise durch Wahlkämpfe oder Koalitionsaussagen (als typische politische Bedingungen) gebildet wird und wiederum die Rolle einzelner Faktoren innerhalb des Modells, vor allem aber Einstellungen und Bewertungen, beeinflusst.

Im Zentrum unserer Studie zum Wahlerfolg der AfD stehen die Fragen, welche Rolle soziodemografische Faktoren im Vergleich zu politischen Einstellungen und Bewertungen spielen und inwiefern sich regionale Unterschiede identifizieren lassen. Aus theoretischen und praktischen Gründen nehmen wir dabei einige der in der Abbildung 2 abgetragenen Faktoren nicht in unsere Analysen auf. Aus theoretischer Sicht erscheint eine Berücksichtigung historischer Muster und langfristiger stabiler Parteineigungen bei einer so jungen Partei wie der AfD wenig zielführend. Valide und vergleichbare Bestimmungen der Wertorientierungen, Wahlkampfaktivitäten und Medienberichterstattung in allen sieben Bundesländern im Vorfeld der jeweiligen Landtagswahl existieren nicht. Nichtsdestotrotz berücksichtigen wir eine Vielzahl von Erklärungsmöglichkeiten, wie durch die Hervorhebung der entsprechenden Elemente in der Abbildung 2 veranschaulicht wird.

Soziodemografie ist im Kausaltrichter auf der linken Seite einzuordnen und bezieht sich sowohl auf den mikro- als auch makrosoziologischen Erklärungsansatz. Dies bedeutet zum einen, dass sich die Beeinflussung nachgelagerter Faktoren, aber auch die Wahlentscheidung selbst auf die individuelle Soziodemografie, etwa Alter, Bildungsstand oder ökonomische Lage, zurückführen lassen. Zum anderen spielen soziodemografisch definierte Strukturen bzw. Umfänge – also Phänomene auf der Makroebene – eine Rolle. Zusammengefasst gehen wir davon aus, dass individuelle Charakteristiken und Dispari-

² Aus Platzgründen sei an dieser Stelle auf die Standardwerke der Wahlforschung wie etwa von Falter und Schoen (2014) verwiesen, die eine tiefgehende Betrachtung der unterschiedlichen Ansätze insbesondere im Hinblick auf Stärken und Schwächen bieten.

Abbildung 2
Kausaltrichter der Wahlentscheidung



Erklärung Abbildung 2:

- Wahlentscheidungen sind die Konsequenz vieler unterschiedlicher Faktoren und werden durch Kontexte beeinflusst.
- Dabei bedingen vor allem auch sozioökonomische und -demografische Faktoren die im Kausaltrichter näher an der Wahlentscheidung liegenden Einstellungen und Bewertungen.
- Sozioökonomische und -demografische Faktoren besitzen also einen direkten und einen indirekten Einfluss.

Erläuterung: Eigene Darstellung aufbauend auf Weßels et al. (2014). Hervorhebungen kennzeichnen Elemente, die in dieser Studie berücksichtigt werden.

täten zwischen Kontexten über den Erfolg oder Misserfolg der AfD mitentscheiden.

Einstellungen zu und Bewertungen von politischen Sachfragen, Handlungen, Ereignissen und politischem Personal werden in verschiedenen Wahlverhaltenstheorien berücksichtigt. Diesen Ansätzen liegt die Annahme zugrunde, dass Bürger_innen bestimmte Präferenzen besitzen und ihre Stimmabgabe in der repräsentativen Demokratie mit dem Ziel verbinden, diese möglichst in politische Realität zu übersetzen. Gleichzeitig ergibt sich durch die Regelmäßigkeit der Wahl die Möglichkeit, die Leistungen politischer Akteure zu bewerten und diese entsprechend am Wahltag dafür zu belohnen oder zu bestrafen. Die Auswirkungen von Einstellungen und Bewertungen auf eine Wahlentscheidung für die AfD sind unbestritten, weshalb sie auch im weiteren Verlauf in die Analysen einfließen. Die Genese von Einstellungen und Bewertungen wird maßgeblich aber auch durch soziodemografische Faktoren bedingt. Dies stellt einen typischen Fall für den indirekten Einfluss der Soziodemografie dar.

Welche soziodemografischen Faktoren, Einstellungen und Bewertungen sind von Relevanz, wenn es um rechtspopulistische Parteien geht? Aus der großen Anzahl von Vorarbeiten (u. a. Decker/Lewandowsky 2011; Häusler 2013; Schmitt-Beck

2014; Arzheimer 2015; Bebnowski 2015; Berbuir et al. 2015; Lewandowsky 2015; Wagner et al. 2015; Giebler/Regel 2016; Leininger 2016) lassen sich einige zentrale Erklärungsfaktoren ableiten, die im Weiteren berücksichtigt werden. Bezogen auf die Soziodemografie wird meist konstatiert, dass Frauen sowie ältere Bürger_innen seltener die AfD wählen. Dafür erhält die Partei mehr Zuspruch bei niedrig gebildeten Personen und in ländlich geprägten Gegenden. Für den Einfluss der sozioökonomischen Situation finden sich unterschiedliche Argumente: Auf der einen Seite wird argumentiert, dass eine prekäre Lage – geringes Einkommen, unsicherer Arbeitsplatz oder Arbeitslosigkeit – die Wahl einer rechtspopulistischen Partei wahrscheinlicher macht. Auf der anderen Seite könnte bereits die Angst vor dem sozialen Abstieg die Wahlchancen der AfD erhöhen, es könnte also gerade die Mittelschicht die Partei unterstützen. Schließlich scheint die AfD in Ostdeutschland noch erfolgreicher zu sein, was aber wohl auf die ungleiche Verteilung der zuvor genannten Merkmale zwischen Ost- und Westdeutschland zurückzuführen ist. Der Einfluss dieser ungleichen Verteilung wurde bereits für die Erklärung des Unterschiedes fremdenfeindlicher Einstellungen nachgewiesen (Müller 2016). Beim Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland spielt hier vor allem der Bevölkerungsanteil

von Personen mit Migrationshintergrund eine Rolle. Die AfD ist besonders dort erfolgreich, wo es kaum Kontaktmöglichkeiten zwischen der sogenannten autochthonen Bevölkerung und eben Personen mit Migrationshintergrund gibt (Asbrock et al. 2012).

Einstellungs- und bewertungsbezogene Beweggründe unterschiedlichster Art werden ebenfalls mit dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien in Verbindung gebracht. Diese Faktoren können grob in zwei Gruppen eingeteilt werden, die jeweils Elemente der oben angesprochenen vertikalen und horizontalen Abgrenzungslogik des Rechtspopulismus inkludieren. Erstens erfolgt die Wahl einer rechtspopulistischen Partei als (expressiver) Protest gegen etablierte politische Akteure, deren Leistungen oder das politische System selbst. Hier bietet sich für den konkreten Fall zum einen eine Verbindung zur Theorie der Nebenwahlen an (Reif/Schmitt 1980; Giebler 2014). Bei Nebenwahlen, also allen Wahlen, bei denen nicht die wichtigsten Ämter eines politischen Systems besetzt werden, materialisiert sich dieser Protest durch die Berücksichtigung von Hauptwahlfaktoren bei der Nebenwahlentscheidung. Es ist also anzunehmen, dass die AfD durch eine Protesteinstellung profitiert, wenn Wähler_innen ihre Entscheidung auf Grundlage der Situation auf der Bundes- und nicht auf der Landesebene treffen. Zum anderen spielen negative Einstellungen gegenüber dem demokratischen System und negative Bewertungen dieses Systems, der zukünftigen ökonomischen Entwicklung oder der Regierungsleistung als Motivationen für die Wahlentscheidung eine wichtige Rolle. Zweitens kann die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien auf konkreten inhaltlichen Faktoren fußen (Wagner et al. 2015). Es geht dann um die Repräsentation politischer Präferenzen, die Bürger_innen eher von der AfD als von den anderen Parteien erwarten. Hier sind vor allem soziokulturell rechte Einstellungen von Bedeutung, also etwa die Ablehnung von Personen mit Migrationshintergrund oder sexueller Minderheiten, aber auch eine geringe Verbundenheit mit der Europäischen Union (EU) zugunsten eines ausgeprägten Nationalismus. Schließlich spielen sozioökonomische Einstellungen, typischerweise die Position zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Steuersätzen im Sinne einer Umverteilung, eine wichtige Rolle bei Wahlen. Diesbezüglich ist die AfD aber schwer einzuordnen (Franzmann 2014): Während sie sich auf der einen Seite als Vertreter des kleinen Mannes und der Globalisierungsverlierer_innen ins Gespräch bringt, zeigt ihr politisches Programm bis heute durchaus neoliberale Züge aus der Zeit unter dem Vorsitz von Bernd Lucke. Bevor wir aber untersuchen, wie diese Vielzahl von Faktoren auf unterschiedliche Art und Weise eine Wahlentscheidung für die AfD beeinflussen, präsentieren wir im nächsten Kapitel unsere konkrete empirische Vorgehensweise.

4

VORGEHENSWEISE DER STUDIE

In dieser Studie beantworten wir die Frage nach den Erklärungsfaktoren des Wahlerfolgs der AfD aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Erstens untersuchen wir Zusammenhänge auf der Ebene räumlicher Einheiten – konkret auf der Ebene der Kreise. Hier steht der potenzielle Einfluss von Merkmalen dieser Einheiten im Vordergrund. Wir können auf diese Weise den Einfluss des Umfeldes bzw. unterschiedlicher Umfeldler auf das Abschneiden rechtspopulistischer Parteien verdeutlichen. Wahlforschung dieser Art wird unter den Begriffen „Wahlgeografie“ oder „politische Ökologie“ subsummiert und hat eine sehr lange Tradition, die bis vor den Ersten Weltkrieg zurückreicht (Falter/Winkler 2014).

Wie wir im folgenden Kapitel 5 zeigen, ergeben sich nicht nur relevante Differenzen im Wahlerfolg zwischen den sieben Bundesländern, sondern auch zwischen Kreisen innerhalb eines Bundeslandes. Dies ist insofern nicht überraschend, als Faktoren, die sich wie oben dargestellt positiv oder negativ auf den Wahlerfolg der AfD auswirken können, in den untersuchten Einheiten sehr unterschiedlich verteilt sind. Neben soziodemografischen Faktoren sind hier vor allem sozioökonomische Disparitäten anzuführen, wie sie etwa der Disparitätenbericht 2015 der FES aufzeigt (Albrecht et al. 2016). Legt man die Daten des Disparitätenberichts zugrunde, könnte man argumentieren, dass es geradezu erstaunlich wäre, wenn sich nicht große Unterschiede im Wahlergebnis zwischen Regionen ergeben würden.

Zweitens nutzen wir Umfragedaten zu den sieben Landtagswahlen, blicken also auf individuelles Verhalten. Mit dieser Perspektive können nicht nur kausalitätsnahe Aussagen getroffen und gleichzeitig ökologische Fehlschlüsse vermieden werden. Sie ermöglicht auch über die Soziodemografie hinaus die Berücksichtigung weiterer Faktorenbündel, die eine zentrale Rolle in der Wahlforschung spielen. In dieser Studie konzentrieren wir uns dabei auf Einstellungen zu und Bewertungen von Politik. Wir analysieren also nicht nur Unterschiede zwischen geografischen Einheiten – den sieben Bundesländern –, sondern auch, wie stark soziodemografische Faktoren im Vergleich zu Einstellungen und Bewertungen bei der Wahlentscheidung für die AfD ins Gewicht fallen. Im oben vorgestellten Kausaltrichter wurde deutlich, dass soziodemografische Faktoren Einstellungen und Bewer-

tungen vorgelagert sind, diese also beeinflussen. Deshalb greifen wir auf ein spezielles Verfahren zurück, um den tatsächlichen Effekt der Soziodemografie zu ermitteln.³

Beiden Perspektiven ist gemein, dass sie die Identifikation genereller Muster und Trends über alle geografischen Einheiten und die sieben Wahlen hinweg sowie spezifischer Unterschiede zwischen den Einheiten und Wahlen erlauben. Dies ermöglicht neue und umfassendere Erkenntnisse zu den Erfolgsgründen der AfD bei Wahlen in Deutschland und kann auch als Ausgangspunkt für künftige Studien zur Bundestagswahl 2017 dienen, da auch hier relevante geografische Unterschiede zu konstatieren sind.

³ Eine Beschreibung des Verfahrens findet sich im Anhang zu dieser Studie.

5

REGIONALE DISPARITÄTEN UND DAS ABSCHNEIDEN DER AfD AUF KREISEBENE

Die Analyse der soziodemografischen und sozioökonomischen Kontextbedingungen des AfD-Wahlergebnisses auf der Kreisebene erfolgt in zwei Schritten. Zunächst betrachten wir die regionalen Unterschiede des AfD-Ergebnisses in den unterschiedlichen Kreisen und die regionalen soziodemografischen und sozioökonomischen Disparitäten. In einem zweiten Schritt widmen wir uns dem Zusammenhang zwischen diesen Kontextbedingungen und dem Abschneiden der AfD mit einer multivariaten Analyse. Die Studie berücksichtigt die folgenden sieben Bundesländer: Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Diese sieben Flächenbundesländer umfassen insgesamt 156 von bundesweit 402 Kreisen. Bei Kreisen handelt es sich um Verwaltungsgebiete, die zu meist mehrere Gemeinden beinhalten und deren Einteilung in der Zuständigkeit der Bundesländer liegt. Deshalb weisen die hier analysierten Kreise eine beträchtliche Spannweite hinsichtlich ihrer Größe und Bevölkerung auf. Die 82 ländlichen und 74 städtischen Kreise haben zwischen 34.084 (Zweibrücken) und 604.297 Einwohner_innen (Stuttgart) und besitzen eine mittlere Größe von etwa 150.000 Einwohner_innen. Hinsichtlich ihrer Fläche ist die Mecklenburgische Seenplatte als größter Kreis mit etwa 5.500 Quadratkilometern mehr als 100-mal so groß wie Speyer als kleinster Kreis. Entsprechend erlauben Kreise zwar eine deutlich feinere geografische Analyse als Bundesländer, sind aber dennoch teilweise große und in sich heterogene Einheiten. Wie bereits in Abbildung 1 ersichtlich, erreichte die AfD in der Vergangenheit bei grundsätzlich ansteigendem Trend unterschiedliche Erfolge bei Landtagswahlen. In den in dieser Studie abgedeckten Bundesländern lag das Wahlergebnis zwischen 9,7 Prozent in Sachsen 2014 und 24,3 Prozent in Sachsen-Anhalt 2016.

5.1 REGIONALE DISPARITÄTEN AUF KREISEBENE

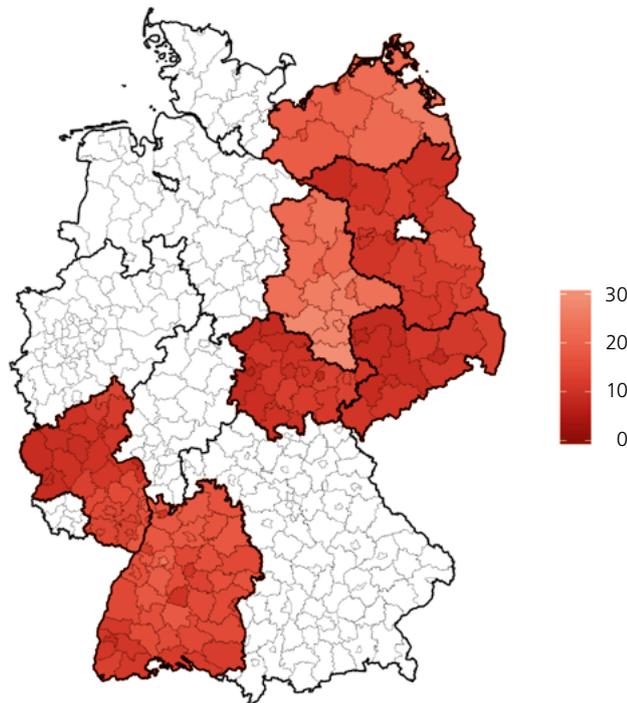
Offensichtlich existieren Unterschiede zwischen den Bundesländern, was das Abschneiden der AfD angeht. Abbildung 3 bietet aber eine feinere regionale Darstellung der Ergebnisse

der AfD auf Kreisebene. Zwar spiegeln sich die grundsätzlichen Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Landtagswahlen deutlich auf der Ebene der Kreise, allerdings zeigen sich auch relevante Unterschiede zwischen Kreisen. Die maximalen Differenzen innerhalb eines Bundeslands liegen zwischen sechs Prozentpunkten in Sachsen und 16,5 Prozentpunkten in Baden-Württemberg. Insgesamt weist Leipzig mit lediglich 7,3 Prozent das schlechteste Wahlergebnis der AfD auf, während der sachsen-anhaltinische Burgenlandkreis mit 29,4 Prozent an der Spitze steht. Unter den zehn Kreisen mit den höchsten AfD-Anteilen befinden sich außerhalb von Sachsen-Anhalt lediglich der Kreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern sowie Pforzheim in Baden-Württemberg. Innerhalb der Bundesländer lassen sich keine übergreifenden kohärenten geografischen Muster entlang von Himmelsrichtungen oder Kreisgebietsgrößen erkennen. Die hohen Stimmenanteile in Städten wie Pforzheim, Ludwigshafen und Frankfurt (Oder) sowie die zwar im Gesamtvergleich sehr niedrigen, aber dennoch beachtlichen Anteile in Städten wie Freiburg (8,7) und Tübingen (10,6) geben einen ersten Hinweis darauf, dass es sich nicht um eine einfache Stadt-Land-Dichotomie handelt. Dieser Eindruck wird durch die Heterogenität der Ergebnisse innerhalb der ländlichen Kreise unterstrichen.

Für die Erklärung des variierenden räumlichen Abschneidens der AfD bietet sich die Analyse der soziodemografischen und sozioökonomischen Zusammensetzung der einzelnen Kreise an. Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, gibt es eine Vielzahl von Erklärungsfaktoren für ein gutes Abschneiden der AfD. Die Makroanalyse auf der Ebene der Kreise konzentriert sich auf vier Faktoren: Arbeitslosenquote, Ausländeranteil, Anteil hochgebildeter Personen und Haushaltseinkommen.⁴

⁴ Auf die Berücksichtigung weiterer potenzieller Einflussfaktoren der Mikroebene wie etwa Frauenanteil, politische Einstellungsmuster und Altersgruppen musste aus folgenden Gründen verzichtet werden: 1) fehlende Varianz des Erklärungsfaktors auf der Kreisebene, 2) fehlende Datenerhebung des Erklärungsfaktors (z. B. politische Einstellungsmuster) und 3) eine notwendige methodisch motivierte Restriktion der Anzahl der Einflussfaktoren auf die plausibelsten, da die geringe Fallzahl der Kreisebene nur bedingt viele Einflussfaktoren für die Analyse erlaubt.

Abbildung 3
Regionales Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen 2014 bis 2016 in Flächenländern (in Prozent)



Erklärung Abbildung 3:

- Die AfD schneidet zwischen und innerhalb der sieben Bundesländer sehr unterschiedlich ab.
- Auf der Kreisebene erreicht die AfD zwischen 7,3 Prozent (Leipzig) und 29,4 Prozent (Burgenlandkreis).
- Es zeigen sich keine klaren geografischen Muster oder eindeutige Stadt-Land-Unterschiede.

Erläuterung: Die Karte stellt die Kreise gruppiert nach Bundesländern dar und färbt die Kreise aus den in der Analyse abgedeckten Bundesländern ein. Je heller ein Kreis eingefärbt ist, desto höher war dort der Stimmenanteil der AfD (bei mehr als einer Stimme der Anteil der Parteistimmen) bei der letzten Landtagswahl.

Alle Indikatoren wurden mit Stand 2014 erhoben. Eine hohe Arbeitslosigkeit steht häufig im Zusammenhang mit einem erhöhten Stimmenanteil für rechtspopulistische Parteien. Dabei kann die hohe Arbeitslosenquote einen direkten Einfluss durch den höheren Anteil an Arbeitslosen haben, die die AfD potenziell direkt wählen können. Sie kann aber auch als Indiz für ökonomisch benachteiligte Gebiete indirekte Kontexteffekte haben. Die Kontakthypothese prognostiziert für einen höheren Anteil an Ausländer_innen und von Personen mit Migrationshintergrund eine reduzierte Ausländerskepsis (Zick et al. 2016) und damit geringere Erfolgchancen für Parteien wie die AfD. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen linearen Effekt, sodass wir den Ausländeranteil für unsere Analyse in einen Indikator „geringe ausländische Bevölkerung“ umwandeln, der den Wert eins bekommt, wenn der Ausländeranteil kleiner als drei Prozent ist.⁵ Höher gebildete Personen wählen seltener rechte Parteien. Wir verwenden hier den Anteil Erwerbstätiger mit (Fach-)Hochschulabschluss an allen Erwerbsfähigen, da auf der Kreisebene keine direkten Daten

zum Bildungsstand der Bürger_innen vorliegen. Beim Einkommen lassen sich konkurrierende Erwartungen aufstellen. Auf der einen Seite werden rechtspopulistische Parteien häufig von Menschen mit geringerem Einkommen gewählt. Allerdings könnte das Einkommen auch entgegengesetzt wirken, wenn nämlich insbesondere die Menschen die AfD wählen, die noch Einkommen zu verlieren haben.

Die soziodemografischen Faktoren auf der Kreisebene sind wie der Wahlerfolg der AfD regional heterogen und es existieren beträchtliche regionale Disparitäten sowohl zwischen den Bundesländern als auch innerhalb der Bundesländer (Albrecht et al. 2016). Abbildung 4 zeigt die Durchschnittswerte sowie die Standardabweichung – als ein Maß für die Heterogenität innerhalb eines Bundeslandes – der in der Untersuchung verwendeten Indikatoren für die verschiedenen Bundesländer.⁶ Obwohl die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren bundesweit zurückgegangen ist, befindet sie sich auf sehr unterschiedlichen Niveaus und liegt im Bundesländerschnitt der Kreise zwischen vier Prozent in Baden-Württemberg und elf

⁵ Aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit aktueller Daten zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beschränken wir uns in dieser Studie auf den Anteil von Ausländer_innen.

⁶ Für die Präsentation der Durchschnittswerte in Abbildung 4 wurde beim Ausländeranteil nicht die finale binäre Operationalisierung gewählt, sondern die intuitivere kontinuierliche Originalskala.

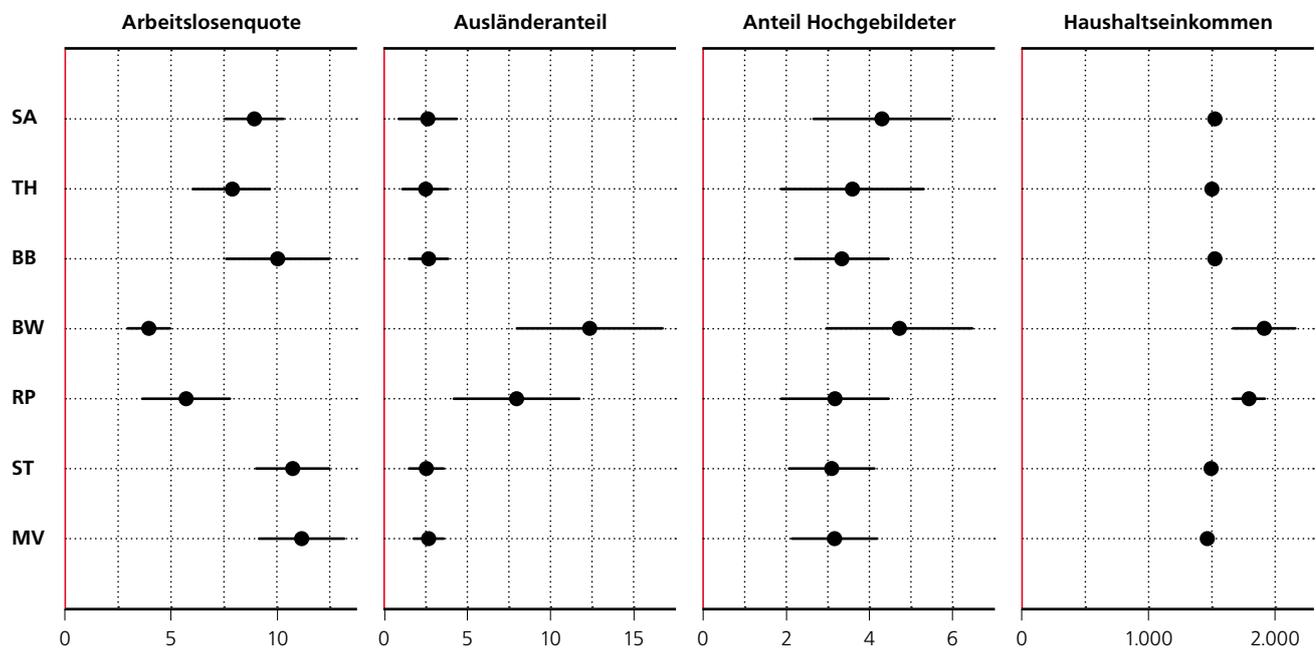
Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Grundsätzlich ist sie in den ostdeutschen Bundesländern höher als in den westdeutschen Bundesländern; allerdings ist der Unterschied zwischen Rheinland-Pfalz und Thüringen mit 2,1 Prozentpunkten teilweise gering. Auf der Ebene einzelner Kreise sind die Unterschiede stärker ausgeprägt. Während im Kreis Biberach die Arbeitslosenquote lediglich 2,6 Prozent beträgt, erreicht sie ein Maximum von 15,4 Prozent im Kreis Uckermark. Lediglich Pirmasens, Kaiserslautern, Ludwigshafen und Worms in Rheinland-Pfalz durchbrechen die Phalanx ostdeutscher Kreise im oberen Drittel der Arbeitslosenstatistik. Beim Ausländeranteil ist die Tendenz der Bundesländer entgegengesetzt. Die ostdeutschen Bundesländer haben im Schnitt einen Anteil zwischen 2,5 und 2,7 Prozent, während Rheinland-Pfalz acht Prozent und Baden-Württemberg über zwölf Prozent Ausländer_innen aufweisen. In den beiden letztgenannten Bundesländern gibt es aber auch eine beträchtliche Heterogenität zwischen den einzelnen Kreisen mit bis zu 19,1 Prozentpunkten Unterschied. So wohnen in der Südwestpfalz nur 3,1 Prozent Ausländer_innen, während es in Ludwigshafen 22,2 Prozent sind. In den ostdeutschen Bundesländern übersteigen lediglich einige der größeren Städte die Fünf-Prozent-Marke.

Hinsichtlich der Bildung zeigen sich geringere Ost-West-Unterschiede. Alle Bundesländer haben Kreise mit geringen und hohen Werten, wobei die Differenz in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt am stärksten ausgeprägt ist. Beim Haushaltseinkommen ergeben sich hingegen starke Ost-West-Unterschiede. Im oberen Drittel gibt es keinen ostdeutschen Kreis und im unteren Drittel gibt es mit Ludwigshafen lediglich einen westdeutschen Kreis. Die Bundesländer weisen unterschiedlich starke interne Disparitäten auf, wobei das Haushaltseinkommen des schlechtesten Kreises in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 82 und 88 Prozent des Einkommens des ökonomisch stärksten Kreises liegt, in Rheinland-Pfalz bei 70 Prozent und in Baden-Württemberg bei 48 Prozent.

5.2 ERKLÄRUNG DER AfD-WAHL-ERGEBNISSE AUF KREISEBENE

Wie gut können diese soziodemografischen und sozioökonomischen Faktoren das Abschneiden der AfD bei Landtagswahlen auf der Kreisebene erklären? Wie der Kausaltrichter (Abbildung 2) veranschaulicht hat, erfolgen Wahlentscheidun-

Abbildung 4
Soziodemografische Faktoren im Vergleich und innerhalb der Bundesländer



Erklärung Abbildung 4:

- Wie beim Abschneiden der AfD existieren beträchtliche regionale Disparitäten sowohl zwischen den Bundesländern als auch innerhalb der Bundesländer.
- Bei der Arbeitslosenquote, dem Ausländeranteil und dem Haushaltseinkommen gibt es – wie erwartet – klare Ost-West-Unterschiede.

Erläuterung: Die Punkte stellen die Durchschnittswerte der Kreise für die Bundesländer dar. Das Ausmaß der bundeslandinternen Abweichungen vom Durchschnitt zeigen die Linien, die die Standardabweichung abbilden. Die Bundesländerabkürzungen sind wie folgt: Sachsen (SA), Thüringen (TH), Brandenburg (BB), Baden-Württemberg (BW), Rheinland-Pfalz (RP), Sachsen-Anhalt (ST) und Mecklenburg-Vorpommern (MV).

gen nicht nur auf Basis eines einzelnen Faktors. Abbildung 5 zeigt deshalb die Ergebnisse eines multivariaten Modells, in das alle vier Erklärungsfaktoren integriert sind und in dem zusätzlich in Bezug auf die unterschiedlichen Bundesländer kontrolliert wird. Letzteres führt dazu, dass Unterschiede zwischen den Bundesländern, die über die vier Faktoren hinausgehen, ebenfalls gemessen werden können. Sowohl die Arbeitslosenquote als auch der Indikator „geringe ausländische Bevölkerung“ und der Anteil Hochgebildeter sind mindestens signifikant auf einem Zehn-Prozent-Niveau. Die drei Indikatoren weisen also eine geringe Irrtumswahrscheinlichkeit auf, weshalb ihr Einfluss auf den Stimmanteil der AfD als robust und systematisch bezeichnet werden kann.

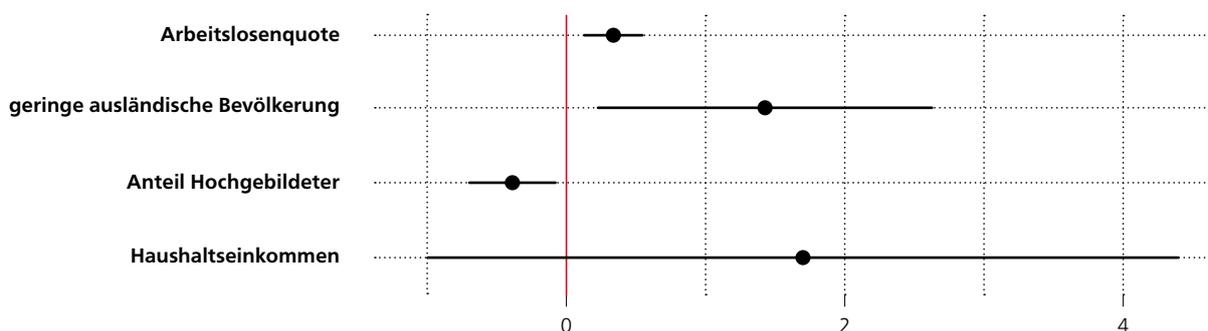
Der Effekt der einzelnen Variablen repräsentiert die Prozentpunktveränderung des AfD-Stimmenanteils, wenn der jeweilige Erklärungsfaktor um eine Einheit steigt. Bei der Arbeitslosenquote und dem Anteil Hochgebildeter repräsentiert dies jeweils einen Anstieg um einen Prozentpunkt. Bei dem Indikator „geringe ausländische Bevölkerung“ entspricht das einem Wechsel von mehr als drei Prozent Ausländeranteil zu weniger und beim Haushaltseinkommen einem Anstieg um 1.000 Euro. Die im Vergleich zwischen den Indikatoren stärksten Effekte zeigen sich bei der Arbeitslosenquote und der „geringen ausländischen Bevölkerung“. Bei einer Erhöhung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt ergibt sich ein Anstieg des AfD-Anteils um 0,4 Prozentpunkte. Eine „geringe ausländische Bevölkerung“ erhöht den AfD-Anteil um 1,4 Prozentpunkte – ein Indiz für die Bestätigung der Kontakthypothese. Diese beiden gefundenen Effekte unterstützen die Ergebnisse anderer räumlicher Aggregatsanalysen des AfD-Wahlerfolgs für Berlin (Giebler/Regel 2016) und Hamburg (Leininger 2016). Wie in anderen Untersuchungen zur Zusam-

mensetzung der AfD-Anhänger_innen (Niedermayer/Hofrichter 2016) korrespondiert ein höherer Anteil Hochgebildeter mit einem geringeren AfD-Anteil. Jedes zusätzliche Prozent an Hochgebildeten reduziert den AfD-Anteil um 0,4 Prozentpunkte. Das Haushaltseinkommen hat im Sinn der Abstiegsangsthypothese einen positiven Einfluss auf das Ergebnis der AfD. Ein Anstieg des Haushaltseinkommens um 1.000 Euro erhöht den AfD-Anteil um 1,7 Prozentpunkte. Kontrolliert man auf andere Faktoren, ist die AfD in Regionen erfolgreich, die in Bezug auf das Einkommen eher besser gestellt sind – dieser Effekt ist allerdings nicht signifikant.

Die Effekte der in dem Modell verwendeten Kontrollvariablen für die Bundesländer können als Indizien für zusätzliche bundeslandspezifische Muster genutzt werden. Dabei zeigt sich, dass Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern signifikant höhere AfD-Anteile aufweisen als Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Dieser Unterschied verstärkt sich, wenn man die Erklärungsfaktoren in separaten Modellen für die Landtagswahlen 2014 und 2016 bestimmt. Für die Landtagswahlen 2016 findet sich eine klare Bestätigung der gefundenen Ergebnisse, während bei den Landtagswahlen 2014 sowohl die Erklärungsfaktoren nicht signifikant sind als auch die Erklärungskraft des Modells insgesamt dramatisch sinkt.⁷ Das AfD-Wahlverhalten scheint sich also innerhalb von zwei Jahren von einer

⁷ Die Erklärungskraft statistischer Modelle ergibt sich aus dem Ausmaß, in dem die verwendeten Erklärungsfaktoren die Unterschiede in der abhängigen Variablen tatsächlich erklären können. Ist die Erklärungskraft gering, deutet dies darauf hin, dass wichtige Erklärungsfaktoren nicht berücksichtigt wurden oder dass Unterschiede in der zu erklärenden Variablen nicht systematischer, also zufälliger Natur sind.

Abbildung 5
Soziodemografische Faktoren und das Abschneiden der AfD auf Kreisebene



Erklärung Abbildung 5:

- Höhere Arbeitslosenquoten stehen mit einer Erhöhung des AfD-Anteils in Zusammenhang, und eine „geringe ausländische Bevölkerung“ erhöht den AfD-Anteil um 1,4 Prozentpunkte.
- Ein höherer Anteil an Hochgebildeten in einem Kreis verringert den Wahlerfolg der AfD.
- Für das Haushaltseinkommen lässt sich kein robuster Zusammenhang identifizieren.

Erläuterung: Die Punkte entsprechen den Effekten der Indikatoren auf den AfD-Wahlanteil und die Linien stellen 90-Prozent-Konfidenzintervalle dar. Schließt dieses Konfidenzintervall die gestrichelte Linie am Nullpunkt ein, ist die Irrtumswahrscheinlichkeit hoch und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der gemessene Effekt nur zufällig ist.

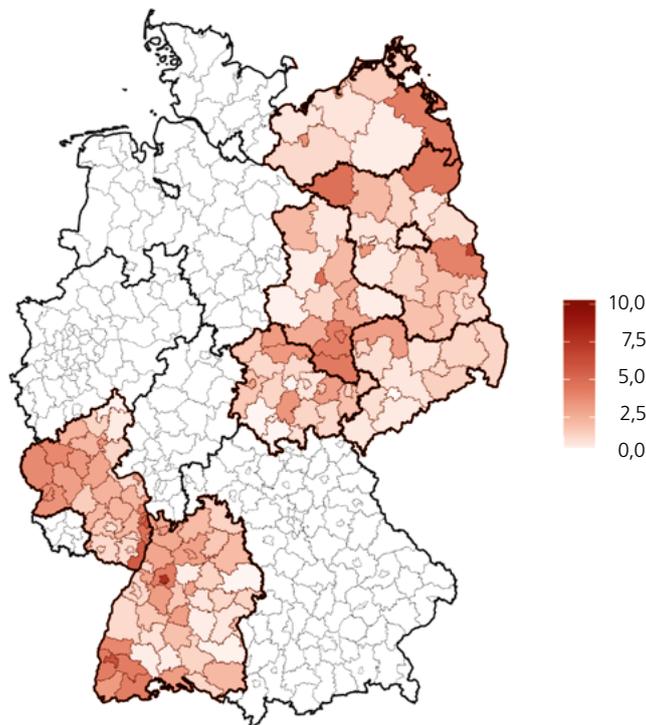
diffusen, nicht auf die vier soziodemografischen Indikatoren zurückführbaren Unterstützung hin zu einer systematischen Unterstützung entwickelt zu haben.

Das Modell kann selbstverständlich auf Basis der geringen Anzahl an Fällen und Indikatoren, die zudem ausschließlich soziodemografischer respektive sozioökonomischer Natur sind, nicht alle Fälle perfekt erklären. Allerdings hat es grundsätzlich eine gute Erklärungskraft. Es kommen unterschiedliche Gründe dafür infrage, warum das Modell einige Kreisergebnisse der AfD nicht sehr gut erklären konnte. Abbildung 6 zeigt die geografische Verteilung der Erklärungskraft des Modells, wobei höhere absolute Abweichungen durch dunklere Rottöne repräsentiert werden. Alle Bundesländer haben Fälle, die besonders gut oder besonders schlecht vorhergesagt werden können. Die beiden Extremfälle sind Pforzheim und Frankfurt (Oder), in denen die Differenz des AfD-Anteils bei über 7,5 Prozentpunkten liegt. In beiden Fällen wird das AfD-Ergebnis unterschätzt. Ursächlich für die dargestellten Unterschiede können sowohl politische Einstellungsmuster sein, die sich nicht direkt aus den verwendeten Indikatoren bestimmen lassen, als auch Veränderungen auf der Angebotsebene

– wie etwa Politikwechsel und Kandidateneffekte – durch die AfD und die Konkurrenzparteien. Außerdem existieren regionale Spezifika, die sich nicht über die verwendeten Indikatoren abbilden lassen. Kreise sind zudem zwar eine feingliedrigere geografische Einheit als etwa Bundesländer, sie weisen aber dennoch teilweise eine beträchtliche kreisinterne Spannbreite bei der Soziodemografie, Sozioökonomie und beim Abschneiden der AfD auf.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass starke regionale Disparitäten zwischen und innerhalb von Bundesländern bestehen – sowohl bei der Soziodemografie und Sozioökonomie als auch beim Wahlerfolg der AfD. Zudem zeigt sich, dass eine höhere Arbeitslosenquote, ein geringer Ausländeranteil und ein geringerer Anteil Hochgebildeter das Abschneiden der AfD begünstigen. Im Unterschied zu den Landtagswahlen 2016 sind bei den Landtagswahlen 2014 diese gefundenen Zusammenhänge allerdings schwächer und unsystematischer. Die Ermittlung regionaler Disparitäten (Albrecht et al. 2016) kann somit hilfreiche Instrumente zum Verständnis, aber auch prinzipiell zur Vorhersage von Wahlergebnissen liefern.

Abbildung 6
Erklärungskraft des Modells auf Kreisebene (in Prozent)



Erklärung Abbildung 6:

- Das Erklärungsmodell funktioniert grundsätzlich gut, kann aber die Situation einzelner Kreise unterschiedlich gut vorhersagen.
- Es gibt keine eindeutigen geografischen Muster; in allen Bundesländern gibt es Kreise mit höheren Abweichungen.
- Dies spricht durchaus für den Effekt von lokalen Faktoren und Spezifika.

Erläuterung: Die Karte stellt die kreisspezifische Abweichung des Modells von den realen Werten dar. Je dunkelroter ein Kreis eingefärbt ist, desto höher ist die absolute Abweichung zwischen dem realen AfD-Anteil und dem vorhergesagten Anteil. Da die Abbildung absolute Abweichungen darstellt, kann es sich sowohl um ein Unter- als auch um ein Überschätzen des AfD-Anteils handeln.

6

DETERMINANTEN DER INDIVIDUELLEN WAHLENTSCHEIDUNG FÜR DIE AfD

Der Blick auf die Kreise der sieben Bundesländer hat nicht nur gezeigt, dass große Unterschiede bezüglich soziodemografischer und -ökonomischer Merkmale existieren, sondern dies auch für das Abschneiden der AfD gilt. Nachdem bereits auf Basis der wahlgeografischen Perspektive Muster identifiziert werden konnten, die den Erfolg der rechtspopulistischen Partei bedingen, wenden wir uns nun der Analyse des individuellen Wahlverhaltens zu. Wir greifen dabei auf Umfragen zurück, die im Rahmen der deutschen Wahlstudie GLES (German Longitudinal Election Study) durchgeführt wurden. Es handelt sich um repräsentative Onlinebefragungen, die jeweils im Vorfeld der Landtagswahlen eine Vielzahl relevanter Faktoren abfragen und somit die Möglichkeit bieten, neben soziodemografischen Merkmalen auch politische Einstellungen und Bewertungen zu berücksichtigen – also den Kausaltrichter besser abzubilden.

6.1 GENERELLE MUSTER DER INDIVIDUELLEN WAHLENTSCHEIDUNG

Welche generellen Muster lassen sich über alle sieben Landtagswahlen hinweg ausmachen? Zur Beantwortung dieser Frage berechnen wir zwei Regressionsmodelle, die die Wahlentscheidung in einem kumulierten Datensatz der sieben Umfragen vorhersagen. Detaillierte Ergebnisse in tabellarischer Form und Einzelheiten zu den Modellen finden sich im Anhang.

Blickt man ausschließlich auf den Einfluss soziodemografischer Faktoren, ergeben sich nur wenige robuste Effekte auf die Wahlentscheidung.⁸ Diese sind in Abbildung 7 als Veränderung der Wahlwahrscheinlichkeit der AfD abgetragen. Für Geschlecht, Haushaltseinkommen (in 1.000 Euro) und Alters-

⁸ Leider konnte die Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt werden. Die absolute Anzahl arbeitsloser Personen in den Umfragedaten ist relativ gering, was letztlich auch dem Anteil an der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung entspricht (etwa 4,3 Prozent). Die Anzahl verwendbarer Fälle wird weiterhin durch die Tatsache reduziert, dass sich Arbeitslosigkeit generell eher demobilisierend auswirkt (Faas 2010: Kapitel VI.3), und somit für diese Personen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit überhaupt eine Wahlentscheidung vorliegt, die analysiert werden kann.

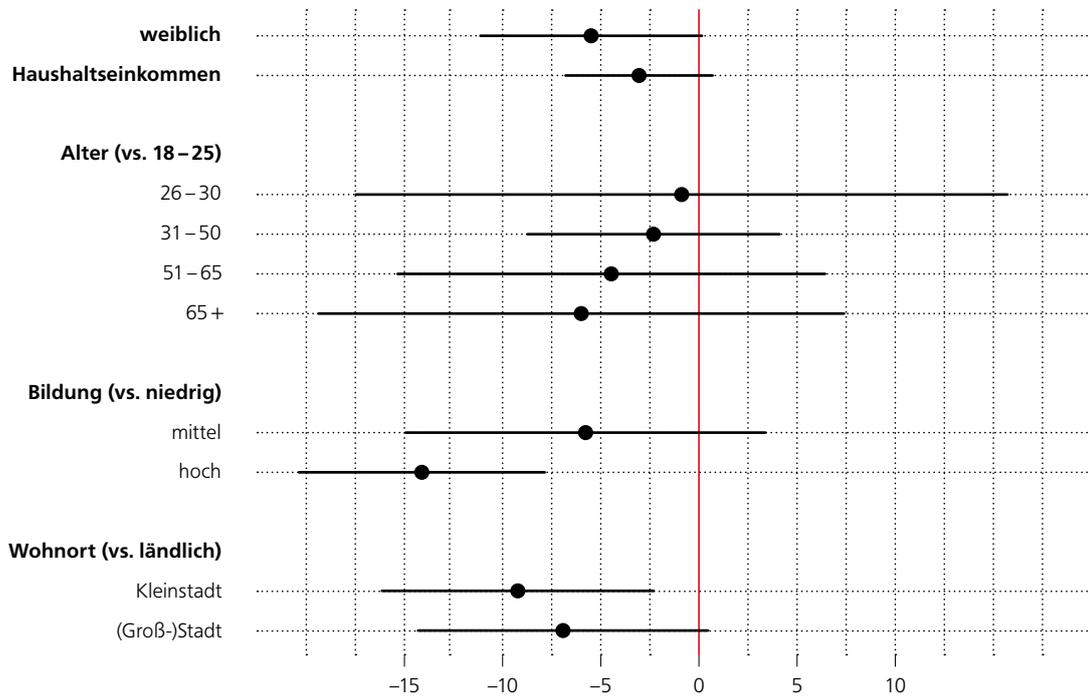
kategorien ergibt sich die erwartete Einflussrichtung, allerdings weisen diese Faktoren eine zu große Irrtumswahrscheinlichkeit auf. Eine hohe Schulbildung – Fachhochschulreife, Abitur oder ein vergleichbarer Abschluss – senkt hingegen die Wahlwahrscheinlichkeit signifikant um fast elf Prozentpunkte. Dies bedeutet nicht nur einen sehr starken Effekt, sondern stellt auch eine Parallele zu den Ergebnissen auf der Kreisebene dar. Interessanterweise spielt zudem der Wohnort eine Rolle: Bürger_innen aus kleineren Städten, nicht jedoch aus Großstädten, wählen seltener die AfD als Personen aus dem ländlichen Raum.

Insgesamt ist die Erklärungskraft des Modells aber eher gering. Die Tendenz aller verwendeten Faktoren entspricht den Erwartungen, lässt aber nur für die Fälle der hohen Bildung und eines kleinstädtischen Wohnorts eine verlässliche Verallgemeinerung zu. Dies deutet darauf hin, dass weitere Faktoren notwendig sind, um die Wahl der AfD bei den Landtagswahlen systematisch zu erklären.

In einem zweiten Erklärungsmodell wurden verschiedene Einstellungen und Bewertungen ergänzt, die grundsätzlich einen Effekt auf eine Wahl von Rechtspopulisten haben können (siehe oben in Kapitel 3). Um dabei den tatsächlichen Einfluss soziodemografischer Faktoren nicht zu unterschätzen, wurden die Indikatoren zur Messung der Einstellungen und Bewertungen korrigiert. Dies ist notwendig, da soziodemografische Faktoren nicht nur einen direkten Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, sondern ihrerseits auch Einstellungen und Bewertungen beeinflussen. Umfasst ein Regressionsmodell diese Faktorenbündel gleichzeitig, wird ein Teil des Effekts der Soziodemografie falsch attribuiert. So finden sich etwa soziokulturell konservative oder rechte Einstellungen eher bei älteren und weniger häufig bei höher gebildeten Personen (Zick et al. 2016: Kapitel 3). Korrigiert man die soziokulturellen Einstellungen nicht, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein fehlender signifikanter Einfluss des Alters oder der Bildung lediglich auf ein unzureichendes Verständnis des Kausaltrichters der Wahlentscheidung (Abbildung 2) zurückgeht.

Das in Abbildung 8 dargestellte Modell ist deutlich besser in der Lage, die individuelle Wahlentscheidung für die AfD vorherzusagen. Im Vergleich zu einem lediglich auf soziode-

Abbildung 7
Soziodemografisches Modell für alle Bundesländer



Erklärung Abbildung 7:

- Für die individuelle Wahlentscheidung für die AfD spielen soziodemografische Faktoren nur eine geringe Rolle.
- Nichtsdestotrotz zeigt sich über die sieben Landtagswahlen hinweg, dass Bildung und der Wohnort eine Rolle spielen; hohe Bildung und das Leben in zumindest einer Kleinstadt verringern die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen.

Erläuterung: Die Punkte entsprechen den Effekten der Indikatoren auf die AfD-Wahl und geben Prozentpunktveränderungen an. Die Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar. Schließt dieses Konfidenzintervall die gestrichelte Linie am Nullpunkt ein, ist die Irrtumswahrscheinlichkeit hoch und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der gemessene Effekt nur zufällig ist.

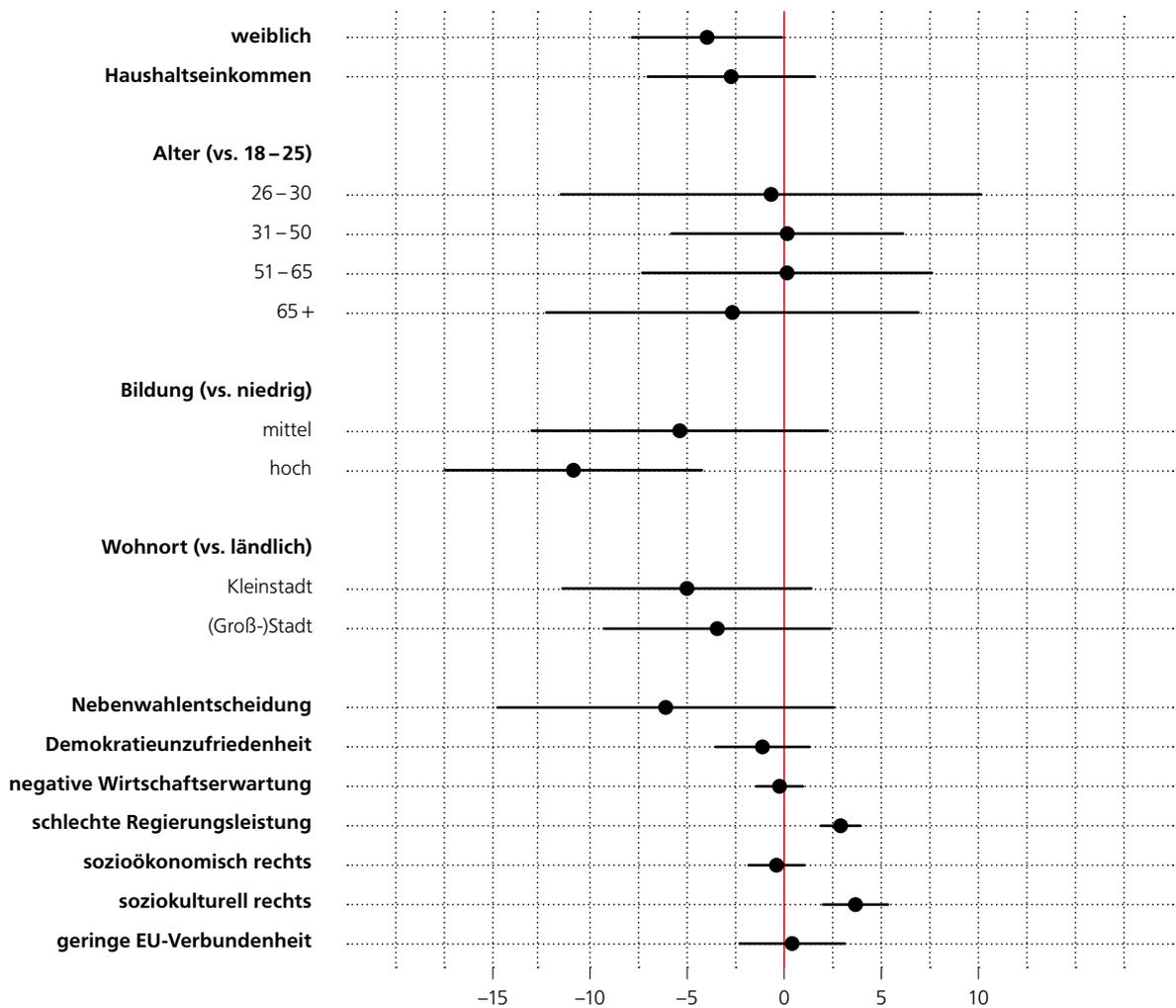
mografischen Faktoren beruhenden Ansatz verflüchtigt sich die Erklärungskraft. Wir finden also einen klaren Hinweis, dass trotz der angewandten Korrektur Aussagen wie „junge, ungebildete Männer wählen die AfD“ in ihrem Determinismus deutlich zu kurz greifen.

Immerhin weisen zwei soziodemografische Merkmale einen robusten Einfluss auf. Zum einen verringert eine hohe Bildung weiterhin deutlich die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung für die AfD. Während der bei einer ausschließlichen Berücksichtigung soziodemografischer Faktoren noch vorhandene Effekt des Wohnorts der Kontrolle auf Einstellungen und Bewertungen nicht standhält, finden wir zum anderen nun einen, wenn auch nicht sehr großen, Geschlechtereffekt. Frauen wählen die AfD tatsächlich seltener als Männer, wobei der Unterschied knapp vier Prozentpunkte beträgt. Von größerer Relevanz sind eine negative Bewertung der Leistung der Landesregierung und soziokulturell rechte Einstellungen. So steigt die Chance, die AfD zu wählen, um etwa 14 Prozentpunkte beim Sprung von einer neutralen Beurteilung zur Angabe einer völligen Unzufriedenheit mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierung. Bei einer identischen Verän-

derung bezogen auf soziokulturelle Einstellungen sind es sogar mehr als 20 Prozentpunkte. Generalisiert kann somit festgehalten werden, dass typische AfD-Wähler_innen eher männlich und niedrig gebildet sind, große Unzufriedenheit mit der Landesregierung verspüren und soziokulturell rechte Einstellungen besitzen. Verbindet man dieses Ergebnis mit der Tatsache, dass zentrale soziokulturelle Themen wie Einwanderung, Umgang mit Flüchtlingen oder dem Islam vor allem 2015 und 2016 extrem hohe Konjunktur hatten und auch der Umgang mit diesen Themen durch die (Landes-)Regierung entsprechend stark in deren Bewertung einfließt, verwundern weder die Ergebnisse noch der ansteigende Trend der AfD-Wahlergebnisse.

Interessanterweise lassen sich für verschiedene andere Einstellungen und Bewertungen, die allgemein mit der Unterstützung von Rechtspopulismus in Verbindung gebracht werden, keine signifikanten Effekte für alle sieben Bundesländer nachweisen. Weder Faktoren, die im Allgemeinen mit Protestwahl assoziiert werden, Demokratieunzufriedenheit und die Wahl von extremen Parteien als Denkzettel in Nebenwahlen noch sozioökonomische Faktoren spielen eine Rolle.

Abbildung 8
Kombiniertes Modell für alle Bundesländer



Erklärung Abbildung 8:

- Die Hinzunahme von Einstellungen und Bewertungen macht es einfach, die Wahlentscheidung für die AfD zu erklären.
- Zwar wählen Frauen und hochgebildete Personen deutlich seltener die AfD. Als viel relevanter erweisen sich jedoch eine negative Leistungsbewertung der Landesregierung und eine soziokulturell rechte Einstellung.

Erläuterung: Die Punkte entsprechen den Effekten der Indikatoren auf die AfD-Wahl und geben Prozentpunktveränderungen an. Die Linien stellen 95-Prozent-Konfidenzintervalle dar. Schließt dieses Konfidenzintervall die gestrichelte Linie am Nullpunkt ein, ist die Irrtumswahrscheinlichkeit hoch und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der gemessene Effekt nur zufällig ist.

Dies gilt im Übrigen auch für eine geringe Verbundenheit mit der Europäischen Union, wobei die Relevanz der europäischen Ebene nach dem Austritt von Bernd Lucke auch innerhalb der Partei deutlich geringer geworden ist. Es ist anzunehmen, dass die abweichenden Ergebnisse in der vorliegenden Studie eine direkte Konsequenz der Berücksichtigung des Kausaltrichters sind. Wir müssen daher erneut betonen, wie wichtig eine theoriekonforme Analyse der Einflussfaktoren mit Berücksichtigung der direkten und indirekten Effekte soziodemografischer Faktoren ist.

6.2 SPEZIFISCHE MUSTER DER WAHL-ENTSCHEIDUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN

Nachdem wir generelle Muster des Wahlverhaltens auf der Individualenebene aufgedeckt haben, blicken wir abschließend auf die einzelnen Landtagswahlen im Speziellen. Vergleichen die Studien zu Landtagswahlen haben aufgezeigt, dass sich Unterschiede im Wahlverhalten ergeben können (Völkl et al. 2008; Giebler i. E.). Darüber hinaus ist natürlich der konkrete Kontext, in dem eine Wahl stattfindet, von genereller Bedeu-

Tabelle 1
Soziodemografische Faktoren, Einstellungen und Wahlabsicht im Vergleich

	SA	TH	BB	ST	BW	RP	MV	Alle
weiblich	-0,05	5,46	-0,34	-9,84	-4,55	-10,02	-9,10	-3,95
Haushaltseinkommen	-7,54	1,03	1,81	-6,30	-8,07	-2,69	2,51	-2,75
Alter (vs. 18–25)								
26–30	12,66	-14,28	-16,93	22,93	-8,24	-9,55	-9,36	-0,69
31–50	9,48	-11,34	-5,14	5,21	2,57	-16,89	-7,76	0,14
51–65	3,72	-7,79	0,51	12,46	-11,09	-15,64	-6,96	0,12
65+	19,74	-20,31	-15,86	24,03	-11,70	-20,11	-5,37	-2,69
Bildung (vs. niedrig)								
mittel	-6,80	0,48	-6,80	-4,97	-14,15	0,84	-3,04	-5,35
hoch	-9,65	-12,39	-13,81	-38,75	-18,91	-0,68	-0,98	-10,83
Wohnort (vs. ländlich)								
Kleinstadt	-19,57	-2,97	-13,03	-14,19	-4,78	8,92	6,19	-5,11
(Groß-)Stadt	-13,45	6,42	-2,76	-43,81	2,04	10,22	1,41	-3,55
Nebenhahlentscheidung	4,16	-1,60	2,59	-92,80	1,95	8,46	0,79	-6,16
Demokratieunzufriedenheit	-1,07	9,98	5,37	-2,00	3,91	13,58	-14,18	-1,26
negative Wirtschaftserwartung	-4,67	-5,91	-8,01	5,12	5,10	6,30	-5,38	-0,29
schlechte Regierungsleistung	2,61	2,64	1,09	3,85	0,15	0,66	3,80	2,76
sozioökonomisch rechts	-4,06	0,00	-0,38	0,11	-0,04	-3,00	1,63	-0,55
soziokulturell rechts	2,23	1,36	1,77	5,48	5,15	1,88	5,21	3,50
geringe EU-Verbundenheit	0,73	-3,80	5,50	10,61	16,31	4,19	-0,25	0,32
Erklärungskraft (Pseudo-R²)	0,31	0,32	0,16	0,60	0,58	0,55	0,54	0,24

Erklärung Tabelle 1:

- Zwischen den Bundesländern ergeben sich deutliche Unterschiede, wenn wir die Erklärungsfaktoren der Wahlentscheidung betrachten.
- Einstellungen und Bewertungen sind insgesamt viel wichtiger – allen voran eine soziokulturell rechte Einstellung.
- Während die Wahlentscheidung bei frühen AfD-Wahlen nur schlecht erklärt werden kann, ergeben sich klarere Muster nach dem Lucke-Austritt für die Wahlen in 2016.

Erläuterung: Die Zahlenwerte entsprechen den Effekten der Indikatoren auf die AfD-Wahl und geben Prozentpunktveränderungen an. Für das Gesamtmodell wird zu Bestimmung der Signifikanz das 95-Prozent-Niveau und für die Einzelmodelle der Bundesländer das 90-Prozent-Niveau gewählt. Dieser Unterschied leitet sich aus der jeweiligen Fallzahl ab. Die Bundesländerabkürzungen sind wie folgt: Sachsen (SA), Thüringen (TH), Brandenburg (BB), Sachsen-Anhalt (ST), Baden-Württemberg (BW), Rheinland-Pfalz (RP) und Mecklenburg-Vorpommern (MV).

tung. Es ist anzunehmen, dass sich solche Differenzen auch für die Wahl der AfD ergeben.

In Tabelle 1 werden die Ergebnisse einer länderspezifischen Analyse im Vergleich zum generellen Muster über alle sieben Wahlen hinweg in vereinfachter Form dargestellt. Eingetragen sind jeweils die Veränderungen der Wahlwahrscheinlichkeit der AfD in Prozentpunkten.⁹ Signifikante Faktoren sind jeweils farblich hervorgehoben, wobei eine blaue Einfärbung einen verringernenden und eine rote Einfärbung einen steigernden Effekt repräsentiert. Die Landtagswahlen sind von links nach rechts chronologisch geordnet.

Auf den ersten Blick werden drei Dinge offensichtlich: Erstens spielen die vier Faktoren, die als generelle Einflussfaktoren identifiziert wurden, ebenfalls bei vielen der sieben Landtagswahlen eine Rolle – wobei dies für die soziodemografischen Indikatoren nur mit Abstrichen gilt. Brandenburg sticht deutlich heraus, da keiner der vier Faktoren für die Wahlentscheidung wirklich von Bedeutung war. Sachsen-Anhalt repräsentiert hingegen am deutlichsten das generelle Muster. Zweitens besitzen alle untersuchten Faktoren in mindestens einem Fall einen signifikanten Effekt auf die AfD-Wahl. Allerdings fällt auf, dass einige Indikatoren je nach Bundesland einen positiven oder negativen Effekt besitzen. So spricht in Baden-Württemberg eine geringe Verbundenheit mit der EU für und in Thüringen gegen eine Stimme für die AfD. In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Wahrscheinlichkeit, die rechtspopulistische Partei zu wählen, mit einem höheren Haushaltseinkommen, während in zwei anderen Landtagswahlen ein entgegengesetzter Trend zu beobachten ist. Gegenläufige Effekte dieser Art sind auch dafür verantwortlich, dass über alle sieben Wahlen hinweg nur eine sehr begrenzte Anzahl an Faktoren als wirklich und generell relevant identifiziert werden konnte. Wenn ein Einfluss in einigen Wahlen positiv, in anderen aber negativ wirkt, gleichen sich diese Effekte aus und werden quasi wie ein nichtexistierender Effekt behandelt.

Drittens gibt es deutliche Unterschiede zwischen den drei früheren Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg und den restlichen vier Wahlen. Eine Wahlentscheidung für die AfD bei den frühen Wahlen lässt sich weit weniger gut systematisch beschreiben. Dies zeigt sich nicht nur an der geringeren Anzahl signifikanter Einflussfaktoren, sondern auch an der deutlich geringeren Erklärungskraft der Modelle. Diese ist in Sachsen und Thüringen nur etwa halb so groß und beträgt in Brandenburg weniger als ein Drittel als bei den übrigen Landtagswahlen. Interessanterweise spiegeln sich hier die Ergebnisse der Analyse auf der Kreisebene, da erneut große Unterschiede zwischen „frühen“ und „späten“ Landtagswahlen identifiziert werden können. Es ist zu vermuten, dass sich hier typische Prozesse bei neuen Parteien

spiegeln. Kurz nach der Gründung ist die Gruppe der Wähler_innen oftmals noch relativ heterogen und kann zudem von Motiven der Protestwahl bestimmt sein, die kaum mit etablierten Modellen innerhalb der Wahlforschung erklärt werden können. Anders ausgedrückt bedarf es einer gewissen Zeitspanne, um Erfahrungen zu sammeln und zu lernen, wofür eine Partei steht, um darauf aufbauend eine informierte Wahlentscheidung zu treffen. Dazu kommt im konkreten Fall der AfD, dass sie sich vor dem Austritt von Lucke bei bestimmten Fragen ambivalent positionierte, während dies seitdem weit weniger der Fall ist und sie dadurch nun eindeutiger als rechte Partei mit einem Fokus auf soziokulturelle Fragen wahrgenommen wird (Giebler/Meyer 2016). Die AfD wird also durchaus auch verstärkt aus inhaltlichen Gesichtspunkten heraus gewählt. Unzufriedenheit mit der Regierung durch eine Stimme für die Opposition zum Ausdruck zu bringen ist nicht automatisch ein Zeichen für Protestwahl, sondern auch ein logisch-rationaler Ausdruck der Präferenzen. Betrachtet man den hohen Anteil an Personen in Deutschland mit (sozio-)kulturell rechten Einstellungen (Zick et al. 2016) und bringt diesen mit einer hohen Salienz dieser Themen ab 2015 in Verbindung, so ist es wenig überraschend, dass Bürger_innen getreu den politischen Präferenzen jener Partei die Stimme geben, die sich eindeutig rechts platziert.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die individuelle Analyseperspektive zwar generelle Muster offenbart, aber gleichzeitig aufzeigt, dass soziodemografische Faktoren weniger gut in der Lage sind, den Erfolg der AfD und die individuelle Wahlentscheidung für diese Partei zu erklären. Einstellungen und Bewertungen sind hier besser geeignet: Über alle sieben Landtagswahlen hinweg sind es vor allem niedrigere Bildung und ländlicher Wohnort und in noch stärkerem Maß negative Bewertungen der Regierungsleistung und soziokulturell rechte Einstellungen, welche AfD-Wähler_innen kennzeichnen. Darüber hinaus offenbaren Einzelanalysen der Wahlen große Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Bundesländern, also regionale Disparitäten, die klar dafür sprechen, dass ähnlich wie in Kapitel 5 räumliche Kontexte eine wichtige Rolle spielen. Wiederum weisen zudem die Wahlen 2016 im Vergleich zu früheren Wahlen klarere Ergebnisse auf. Es hat sich eine gewisse Strukturierung der AfD-Unterstützerschaft ergeben. Diese Studie kann hier nicht in die Tiefe gehen, sondern setzt auf den Vergleich. Nichtsdestotrotz können wir aufzeigen, an welcher Stelle zukünftige Analysen ansetzen sollten, um die Erfolgsgründe des Rechtspopulismus in Deutschland – auch im Hinblick auf Analysen der Bundestagswahl – besser herauszuarbeiten.

⁹ Die Berechnung der Modelle erfolgte analog zu jenem in Abbildung 9. Aus methodischer Sicht ist der Vergleich von nichtlinearen Regressionskoeffizienten nicht unproblematisch. Dies gilt aber für die Effektgröße und nicht die Irrtumswahrscheinlichkeit. Entsprechend konzentriert sich die Interpretation hier auf Einflussrichtung und statistisch robuste Einflüsse und nicht auf die Unterschiede in den Wahrscheinlichkeitsveränderungen. Letztere sind in ihrer Größe, etwa wie in Tabelle 1 bei Sachsen-Anhalt, u. a. davon abhängig, ob starke positive und negative Effekte der erklärenden Faktoren vorliegen und wie gut das Modell insgesamt in der Lage ist, die abhängige Variable zu erklären (siehe auch Giebler i. E.).

7

FAZIT

Die AfD erreichte in den vergangenen Jahren und bereits kurz nach ihrer Gründung beträchtliche Wahlerfolge. Sie ist Teil des internationalen Phänomens rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen, die in vielen Ländern die Demokratie nachhaltig verändert haben oder aktuell verändern. Die Wahlergebnisse der AfD sind aber regional unterschiedlich und variieren sowohl zwischen als auch innerhalb von Bundesländern. Gleiches gilt für die Verteilung soziodemografischer und sozioökonomischer Merkmale sowie politischer Einstellungen und Bewertungen. Unabhängig von diesen Unterschieden ist die bundesweite Unterstützung der Partei so groß, dass sie ohne Probleme den Einzug in den aktuellen Bundestag schaffte. Unserer Studie lag die Frage zugrunde, welche Faktoren den AfD-Wahlerfolg erklären können. Dabei blickten wir auf Landtagswahlen in sieben Flächenländern zwischen 2014 und 2016.

Die Analyse des aggregierten Wahlverhaltens auf der Ebene von Kreisen weist einen Einfluss soziodemografischer Kontextfaktoren auf das AfD-Wahlergebnis nach bzw. identifiziert stabile Muster. Kreise mit höherer Arbeitslosigkeit, geringem Ausländeranteil sowie einem geringeren Anteil Hochgebildeter tendieren zu stärkeren AfD-Wahlergebnissen. Ein Blick auf die Individualebene, also Analysen mithilfe von Umfragedaten, belegt zusätzlich einen hohen Einfluss politischer Einstellungen und Bewertungen auf die individuelle Wahlentscheidung. Die Wahrnehmung einer schlechten Regierungsleistung der Landesregierung und rechte Einstellungen auf der soziokulturellen Dimension erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, beträchtlich. Soziodemografische Merkmale haben teilweise einen indirekten, über diese politischen Einstellungen vermittelten Einfluss. Es wurden aber auch direkte Einflüsse nachgewiesen – auch wenn deren Stärke schwächer als die von Einstellungen und Bewertungen ausfällt: Frauen und Personen mit hoher Bildung wählen signifikant seltener die AfD. Regionale soziodemografische Kontexte und Disparitäten sowie individuelle politische Einstellungen und Bewertungen und in abgeschwächter Form individuelle soziodemografische Merkmale sind also relevante Erklärungsfaktoren für den AfD-Wahlerfolg.

Allerdings zeigt sich bereits im Rahmen der regionalen Analyse, dass die Erklärungsfaktoren in den einzelnen Kreisen

den Stimmenanteil der AfD unterschiedlich gut erklären können. Diese geografische Heterogenität der Erklärungskraft bestätigt sich auch auf der Mikroebene; zwischen den Bundesländern variieren die Erklärungsfaktoren beträchtlich. Unterschiede können dabei insbesondere auf zeitliche Ungleichheiten zurückgeführt werden, statt etwa ausschließlich auf eine Ost-West-Dichotomie. Es zeigt sich ein systematischer Unterschied zwischen den Bundesländern, die 2014, und denen, die 2016 gewählt haben. Während 2014 der AfD-Wahlerfolg sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene nur in geringem Maß durch etablierte Faktoren erklärt werden kann, lässt sich zwei Jahre später und somit nach dem Austritt Bernd Luckes und der inhaltlichen Neuorientierung hin zu rechteren Positionen das Wahlverhalten eindeutiger auf soziodemografische Faktoren und politische Einstellungen zurückführen. Anscheinend fand eine Homogenisierung der AfD-Unterstützung statt. Zudem konnten Wähler_innen grundsätzlich eine bessere Vorstellung von den Positionen der Partei bekommen, da diese nun schon länger existierte. Zugleich spiegelt diese Phase auch eine Periode, in der soziokulturelle Themen, allen voran Einwanderung, den medialen und politischen Alltag Deutschlands beherrschen. Für die AfD ergab sich so eine ideale Situation, um gute Wahlergebnisse einzufahren.

Die zentrale Erkenntnis dieser Studie lässt sich auf den ersten Blick banal in wenigen Worten zusammenfassen: Eine typische Person, die die AfD wählt, gibt es nicht – vor allem nicht, wenn ausschließlich soziodemografische und -ökonomische Faktoren betrachtet werden. Es lassen sich zwar sowohl auf der individuellen Ebene als auch bei einer Beschreibung eines günstigen Umfelds bestimmte Merkmale identifizieren, die rechtspopulistischen Erfolg begünstigen oder nicht. Auf der anderen Seite finden sich aber wichtige Unterschiede in der Wirksamkeit dieser Merkmale, sowohl im zeitlichen als auch im räumlichen Vergleich. Während bei den Wahlen 2014 noch verhältnismäßig wenig Systematik bei den Wahlergebnissen bzw. der Motivation für eine Wahlentscheidung zugunsten der AfD vorliegt, ergibt sich bei den Wahlen 2016 deutlich das Bild einer rechtspopulistischen Partei mit einer starken Betonung von Faktoren, die eng mit Fremdenfeindlichkeit und diese begünstigenden Merkmalen verbunden

sind. Betrachtet man dies im Licht der innerparteilichen Veränderung der AfD, so ergibt sich ein konsistentes Bild. Mit dem Austritt nationalkonservativer Abgeordneter, die trotzdem im Vergleich zu anderen der Teile der AfD als gemäßigt zu bezeichnen sind, aus Bundes- und Landtagsfraktionen setzt sich diese Entwicklung auch aktuell noch weiter fort. Aus Sicht der politischen Bildung wäre es entsprechend sinnvoll, sich vornehmlich auf diese Aspekte zu konzentrieren, aber dabei die räumlichen Disparitäten nicht aus den Augen zu lassen, wenn der Erfolgszug der rechtspopulistischen AfD gestoppt werden soll. In der wissenschaftlichen Analyse von Wahlverhalten ist man schon lang von der Idee abgekommen, generelle Aussagen über den Wähler oder die Wählerin zu treffen. Wahlentscheidungen sind das Ergebnis sehr individueller und komplexer Abwägungsprozesse, die durch Kontextfaktoren beeinflusst werden. Sicherlich haben Vereinfachungen und Zuspitzungen ihren Reiz. Wollen aber politische Akteure und auch die Medien Wahlen im Allgemeinen oder den Erfolg rechtspopulistischer Parteien tatsächlich verstehen, so reichen Häufigkeitsauszählungen und bivariate Zusammenhänge, wie sie gern am Wahlabend oder in den Tagen danach präsentiert werden, nicht aus oder sind vielleicht sogar kontraproduktiv.

Mit den Wahlergebnissen der Partei im Jahr 2017 wird deutlich, dass es sich keineswegs um ein kurzfristiges Protestphänomen handelt. Nach ein paar für die Partei schlechteren Ergebnissen, nicht überraschend in einer Phase, in der die Kernthemen der AfD eine vergleichsweise geringere Rolle in der öffentlichen Debatte gespielt haben, spricht das Bundestagswahlergebnis für sich – und auch klar gegen die bisherigen Strategien der etablierten Parteien. Sicherlich schadet der Partei der interne Streit um die Führung in Verbindung mit einer Auseinandersetzung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Strömungen mehr, als es ihr hilft. Aktuell ist ja selbst eine weiter reichende Spaltung hin zu einer neuen Partei mit direkter Parlamentsrepräsentation unter der Führung von Frauke Petry nicht auszuschließen. Festzustehen scheint, dass sich der Umgang mit und Diskurs über die AfD ändern muss. Überlässt man der Partei die Themensetzung, spielt man ihr nur in die Hände. Vielmehr ist anderen politischen Akteuren zu raten, die Partei auch bezüglich anderer Themen in die Pflicht zu nehmen und ihre parlamentarische Arbeit kritisch zu beobachten. Hier sind sicherlich auch die Medien gefordert, ihr bisheriges Verhalten zu hinterfragen. Sicherlich ist es auch angebracht, dass gerade die Union und die SPD als große Verlierer der Bundestagswahl ihre Programmatik – nicht nur in Bezug auf die Kernthemen der AfD – überdenken. Dabei lohnt ein Blick nach Österreich und in die Niederlande, wo eine Assimilation rechter Positionen kaum von Erfolg gekrönt war. Überspitzt: Es gilt, eine eigene Vision für die Zukunft der Bundesrepublik zu entwickeln und nicht den Fehler zu begehen, sich auf der Suche nach Wählerfolg der AfD inhaltlich zu nähern und damit auch zentrale Aspekte der offenen, liberalen Gesellschaft und nicht zuletzt der Verfassung aufs Spiel zu setzen.

8

ANHANG

1 DATENGRUNDLAGE, METHODEN UND DETAILLIERTE ERGEBNISSE FÜR KAPITEL 5

Für die Analyse des Wahlverhaltens auf der Makroebene der Kreise verwenden wir die offiziellen Wahlergebnisse der jeweils letzten Landtagswahl auf Kreisebene der Landeswahlleiter_innen. Die Daten für die Soziodemografie und Sozioökonomie der Kreise kommen aus den Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung (INKAR) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Bibliografische Angaben finden sich unten. In Tabelle A1 sind alle verwendeten Variablen und die entsprechende Kodierung abgebildet. Alle Variablen werden auf Kreisebene gemessen.

Tabelle A2 präsentiert die Regressionstabelle des multivariaten Modells. Auf deren Grundlage wurden Abbildung 6

und indirekt Abbildung 7 in Kapitel 5 erstellt. Für die multivariate Identifikation der Zusammenhänge verschiedener Faktoren und dem Zweitstimmenergebnis der AfD wurden Seemingly Unrelated Regressions (SUR) berechnet. Da das Zweitstimmenergebnis der AfD logisch und mathematisch nicht unabhängig von den Ergebnissen der anderen Parteien ist – der Gewinn einer Partei bedeutet Verluste für mindestens eine andere Partei –, wurden Regressionen für alle Parteien, die mehrheitlich in den abgedeckten Landtagen sitzen, gerechnet und die fünf Regressionen über die jeweiligen Fehlerterme, also als SUR, miteinander verknüpft. Dies erlaubt eine sinnvollere Schätzung der Effekte. In das Modell wurden Kontrollvariablen für die Bundesländer integriert, die hier im Vergleich zu Sachsen dargestellt werden. Die in Kapitel 5 erwähnten signifikanten Unterschiede zwischen den Bundes-

Tabelle A1
Übersicht der verwendeten Variablen (Kapitel 5)

Name	Beschreibung	Kodierung
AfD-Stimmenanteil	Die abhängige Variable der Analyse entspricht dem Stimmenanteil der AfD (bei mehr als einer Stimme dem Anteil der Parteistimmen) bei der jeweiligen Landtagswahl.	in Prozentpunkten
Haushaltseinkommen	Das Haushaltseinkommen beschreibt das durchschnittliche Haushaltseinkommen je Einwohner_in.	in 1.000 Euro
Anteil Hochgebildeter	Anteil hochgebildeter Personen am Wohnort, wobei aus Gründen der Datenverfügbarkeit der Akademikeranteil an den Beschäftigten gewichtet an dem Anteil Beschäftigter am Wohnort genutzt wird.	in Prozentpunkten
geringe ausländische Bevölkerung	Nichtlinearer binärer Indikator, der das Fehlen eines minimalen Anteils an Ausländer_innen anzeigt (drei Prozent).	0 = „Anteil der Ausländer_innen an den Einwohner_innen in Prozent“ ≥ 3 1 = „Anteil der Ausländer_innen an den Einwohner_innen in Prozent“ < 3
Arbeitslosenquote	Anteil Arbeitsloser an der erwerbsfähigen Bevölkerung.	in Prozentpunkten

Tabelle A2
Regressionsstabelle (Kapitel 5)

Indikator	Regressionskoeffizient
Haushaltseinkommen	1,72 (1,04)
Anteil Hochgebildeter	-0,42** (-2,39)
geringe ausländische Bevölkerung	1,45** (2,07)
Arbeitslosenquote	0,45*** (4,00)
Konstante	4,10 (1,30)
Bundesland (vs. Sachsen)	
Rheinland-Pfalz	4,69*** (4,09)
Baden-Württemberg	8,17*** (6,92)
Brandenburg	1,32* (1,78)
Mecklenburg-Vorpommern	9,07*** (11,68)
Sachsen-Anhalt	12,97*** (16,97)
Thüringen	0,84 (1,12)
Fallzahl	156
Erklärungskraft (Pseudo-R ²)	0,82

Erläuterung: Lineare Regressionskoeffizienten; t-Werte in Klammern; * p < 0,1; ** p < 0,05; *** p < 0,01.

ländern ergeben sich aus einer Berechnung des generellen Einflusses der sieben Bundesländer auf den Stimmanteil der AfD. Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl und Größe von Kreisen zwischen den Bundesländern wurden zudem die Fälle entsprechend ihres Anteils an der Gesamtzahl an Kreisen ihres Bundeslandes gewichtet. Die in der Analyse gefundenen grundsätzlichen Ergebnisse bestätigen sich auch bei alternativer Operationalisierung des „Anteils Hochgebildeter“ (als Anteil Schulabgänger_innen mit allgemeiner Hochschulreife) sowie bei Verwendung einer Zeit-sensitiven Arbeitslosenquote (für die 2014er Wahlen die Werte von 2014 und für die 2016er Wahlen die Werte von 2016). Zusätzliche Berechnungen (auf für 2016 aufgrund fehlender Datenverfügbarkeit teilweise interpolierten Daten) zeigen, dass der Effekt einer „geringen ausländischen Bevölkerung“ auch robust hinsichtlich einer Zeit-sensitiven Anwendung des Ausländeranteils ist, wenn man eine verhältnismässig geringe Anpassung

der Hürde des minimalen Anteils an Ausländer_innen wegen des grundsätzlich gestiegenen Niveaus vornimmt.

2 DATENGRUNDLAGE, METHODEN UND DETAILLIERTE ERGEBNISSE FÜR KAPITEL 6

Für die Analysen des Wahlverhaltens auf Mikroebene verwenden wir insgesamt sieben Datensätze, die im Rahmen der GLES erstellt wurden. Es handelt sich dabei um offline-rekrutierte Onlinebefragungen, die in den Wochen vor der jeweiligen Landtagswahl durchgeführt wurden. Bibliografische Angaben finden sich unten. Für eine detaillierte Beschreibung der Studien sowie die konkreten Frageformulierungen verweisen wir auf die jeweiligen Studienbeschreibungen. In Tabelle A3 sind alle verwendeten Variablen und die entsprechende Kodierung abgebildet.

Alle in Kapitel 6 beziehungsweise hier präsentierten Analysen verwenden – so möglich – Anpassungsgewichte, um die Repräsentativität bezogen auf die Gesamtbevölkerung zu erhöhen. Für Analysen über alle Bundesländer hinweg wurde aber nicht auf die Bevölkerungsgröße der einzelnen Bundesländer korrigiert, dafür wurden hier aber nach Bundesländern korrigierte Standardfehler zur Bestimmung der Irrtumswahrscheinlichkeiten berechnet. In jedem Fall wurden sogenannte Zeitunterschreiter_innen (Personen, die die Befragung in einer sehr kurzen Zeit beendet haben) ausgeschlossen. Hier ist anzunehmen, dass die Befragung nicht mit der entsprechenden Sorgfalt bearbeitet wurde. Fälle wurden ebenfalls ausgeschlossen, wenn nicht für alle verwendeten Variablen verwertbare Informationen vorlagen.

In Tabelle A4 präsentieren wir übliche Regressionstabellen der einzelnen Modelle. Auf deren Grundlage wurden alle Grafiken und Tabellen in Kapitel 6 erstellt. In Tabelle A4 sind aber logistische Regressionskoeffizienten und keine marginalen Effekte eingetragen. Entsprechend kann es zu geringen Abweichungen kommen, was die Standardfehler – und damit die Signifikanzniveaus – angeht. Die Interpretation im Text richtet sich nach den marginalen Effekten. Für die aus dem Kausalrichter der Wahlentscheidung abgeleitete Korrektur der Einflussstärke soziodemografischer Faktoren wurde folgendermaßen vorgegangen: Für jedes Bundesland und auch das alle Bundesländer umfassende Kompletmodell wurden getrennte Regressionsmodelle für jede einzelne Einstellungs- und Bewertungsvariable berechnet. Alle soziodemografischen Merkmale wurden für diese Modelle als unabhängige Variablen verwendet. Je nach Natur der abhängigen Variablen handelt es sich entweder um lineare oder logistische „schrittweise Regressionen“. Beim verwendeten Verfahren werden unabhängige Variablen schrittweise aus dem Modell entfernt, wenn sie keinen signifikanten Effekt aufweisen (konkret haben wir die eine Grenze von fünf Prozent für die alle Bundesländer umfassenden Modelle und von zehn Prozent für die Einzelmodelle gewählt). Für die weiteren Analysen in Tabelle A4 wurden dann die Residuen dieser Modelle geschätzt. Mit anderen Worten: Wir verwenden für die Einstellungen und Bewertungen jenen Anteil, der nicht durch soziodemografische Faktoren erklärt werden kann. Die Originalvariable wird nur dann verwendet, wenn kein einziger soziodemografischer Faktor einen signifikanten Effekt besitzt.

Tabelle A3
Übersicht der verwendeten Variablen (Kapitel 6)

Name	Beschreibung	Kodierung
AfD-Wahlabsicht	Die abhängige Variable der Analyse erfasst sowohl die Wahlabsicht als auch eine bereits stattgefundene Briefwahl für die AfD.	0 = nein; 1 = ja
Soziodemografie		
weiblich	Ist die Person weiblich?	0 = nein; 1 = ja
Haushaltseinkommen	Haushaltsnettoeinkommen pro Person, wobei ab der zweiten Person mit dem Faktor 0,5 geteilt wird. Im Originaldatensatz wird dieses Einkommen in insgesamt 13 Kategorien abgefragt. Für die Studie hier wurde für jede Kategorie der Mittelwert der Spanne eingesetzt und für die oberste Kategorie ein Wert von 10.000 Euro fixiert.	in 1.000 Euro
Alter	Einteilung der Personen in Alterskategorien	1 = 18–25; 2 = 26–30; 3 = 31–50; 4 = 51–65; 5 = älter als 65
Bildung	Schulbildung der befragten Person	1 = niedrig (kein Abschluss, Hauptschule o. ä.); 2 = mittel (mittlere Reife o. ä.); 3 = hoch (Fachhochschulreife, Abitur o. ä.)
Wohnort	Selbsteinstufung des Wohnorts nach BIK10	1 = ländlich (unter 20.000 Personen); 2 = Kleinstadt (20.000–100.000 Personen); 3 = (Groß-)Stadt (mehr als 100.000 Personen)
Einstellungen und Bewertungen		
Nebenwahlentscheidung	Ist der Person die Bundespolitik wichtig bei der Wahlentscheidung auf Landesebene? Aus der ursprünglichen fünfstufigen Skala werden die beiden Kategorien „sehr wichtig“ und „wichtig“ gegen die verbleibenden Kategorien zusammengefasst.	0 = nein; 1 = ja
Demokratieunzufriedenheit	Ist die Person mit der Art und Weise unzufrieden, wie die Demokratie im jeweiligen Bundesland funktioniert? Aus der ursprünglichen fünfstufigen Skala werden die beiden „unzufriedenen“ Kategorien gegen die verbleibenden Kategorien zusammengefasst.	0 = nein; 1 = ja
negative Wirtschaftserwartung	Erwartet die Person eine negative Wirtschaftsentwicklung im Bundesland? Aus der ursprünglichen fünfstufigen Skala werden die beiden „negativen“ Kategorien gegen die verbleibenden Kategorien zusammengefasst.	0 = nein; 1 = ja
schlechte Regierungsleistung	Unzufriedenheit mit der Regierungsleistung auf Landesebene	von 1 = völlig zufrieden bis 11 = völlig unzufrieden
sozioökonomisch rechts	Position zur sozioökonomischen Umverteilung (Steuern vs. Sozialstaat)	von 1 = mehr Sozialstaat bis 11 = weniger Steuern
soziokulturell rechts	Position zur rechtlichen Regelung der Einwanderung (Einwanderung bereits zu einfach vs. vereinfachen)	von 1 = vereinfachen bis 11 = erschweren
geringe EU-Verbundenheit	Fühlt sich die Person mit der EU nicht verbunden? Aus der ursprünglichen vierstufigen Skala werden die beiden „nicht verbundenen“ Kategorien gegen die verbleibenden Kategorien zusammengefasst.	0 = nein; 1 = ja

Erläuterung: Alle Variablen stammen aus Datensätzen der GLES.

Tabelle A4
Regressionstabelle (Kapitel 6)

	alle Bundesländer		SA	TH	BB	ST	BW	RP	MV
	nur SD	komplett							
weiblich	-0,41*	-0,38*	-0,00	0,80	-0,03	-1,36**	-0,79	-1,88**	-1,60***
	(-1,95)	(-1,92)	(-0,01)	(1,37)	(-0,06)	(-2,11)	(-1,15)	(-2,12)	(-2,62)
Haushaltseinkommen	-0,23*	-0,26	-0,71	0,15	0,16	-0,85**	-1,39***	-0,57	0,45
	(-1,74)	(-1,28)	(-1,62)	(0,60)	(0,63)	(-2,36)	(-3,13)	(-1,63)	(1,64)
Alter (vs. 18 – 25)									
26 – 30	-0,06	-0,07	1,21	-1,72	-2,34*	3,16**	-1,28	-1,34	-1,52
	(-0,10)	(-0,13)	(1,17)	(-1,23)	(-1,67)	(2,30)	(-0,79)	(-1,15)	(-1,21)
31 – 50	-0,16	0,01	0,95	-1,24	-0,41	0,80	0,37	-2,75**	-1,20
	(-0,70)	(0,05)	(0,90)	(-1,27)	(-0,40)	(0,60)	(0,37)	(-2,41)	(-1,19)
51 – 65	-0,32	0,01	0,42	-0,77	0,04	1,80	-1,79	-2,48**	-1,05
	(-0,80)	(0,03)	(0,44)	(-0,73)	(0,03)	(1,55)	(-1,63)	(-2,04)	(-1,08)
65 +	-0,44	-0,27	1,71	-3,84**	-1,98	3,30**	-1,91	-3,56***	-0,78
	(-0,84)	(-0,55)	(1,43)	(-2,34)	(-1,40)	(2,44)	(-1,29)	(-2,90)	(-0,83)
Bildung (vs. niedrig)									
mittel	-0,37	-0,46	-0,58	0,06	-0,53	-0,75	-2,17***	0,17	-0,53
	(-1,21)	(-1,49)	(-1,04)	(0,05)	(-0,64)	(-1,24)	(-2,71)	(0,23)	(-0,79)
hoch	-1,15***	-1,06***	-0,87	-2,84*	-1,29	-9,82***	-3,13***	-0,15	-0,16
	(-5,47)	(-3,67)	(-1,43)	(-1,81)	(-1,40)	(-11,48)	(-3,60)	(-0,16)	(-0,21)
Wohnort (vs. ländlich)									
Kleinstadt	-0,75***	-0,50	-1,90*	-0,51	-1,69**	-1,97**	-0,89	1,87**	1,00
	(-2,96)	(-1,61)	(-1,85)	(-0,68)	(-2,46)	(-2,20)	(-0,63)	(2,03)	(1,42)
(Groß-)Stadt	-0,53**	-0,34	-1,13**	0,81	-0,24	-8,82***	0,35	2,07***	0,26
	(-2,11)	(-1,21)	(-2,12)	(0,96)	(-0,42)	(-11,78)	(0,47)	(3,45)	(0,35)
Nebewahlentscheidung		-0,59	0,39	-0,24	0,23	-12,58***	0,34	1,78*	0,14
		(-1,44)	(0,67)	(-0,20)	(1,17)	(-10,75)	(0,57)	(1,71)	(0,31)
Demokratieunzufriedenheit		-0,12	-0,10	1,47*	0,48	-0,27	0,67*	2,86***	-2,55**
		(-1,01)	(-0,32)	(1,65)	(0,69)	(-0,52)	(1,69)	(2,92)	(-2,04)
negative Wirtschaftserwartung		-0,03	-0,44	-0,87	-0,72	0,69***	0,88**	1,33*	-0,97
		(-0,46)	(-1,52)	(-0,80)	(-1,06)	(2,68)	(2,03)	(1,80)	(-0,91)
schlechte Regierungsleistung		0,26***	0,25**	0,39***	0,10	0,52***	0,03	0,14	0,68***
		(4,98)	(2,35)	(2,64)	(0,78)	(3,81)	(0,25)	(1,22)	(4,22)
sozioökonomisch rechts		-0,05	-0,38***	0,00	-0,03	0,02	-0,01	-0,63***	0,29**
		(-0,77)	(-3,33)	(0,00)	(-0,24)	(0,12)	(-0,05)	(-2,68)	(2,27)
soziokulturell rechts		0,34***	0,21*	0,20	0,16	0,74***	0,88***	0,40***	0,94***
		(3,83)	(1,86)	(1,61)	(1,17)	(6,18)	(3,27)	(3,67)	(7,23)
geringe EU-Verbundenheit		0,03	0,07	-0,56**	0,49	1,44	2,80***	0,88	-0,04
		(0,23)	(0,31)	(-2,19)	(1,07)	(1,13)	(3,04)	(0,75)	(-0,10)
Konstante	-0,17	-1,00**	-0,57	-1,87	-1,04	2,63*	-0,50	-2,07	-2,53**
	(-0,43)	(-2,52)	(-0,44)	(-1,45)	(-0,82)	(1,83)	(-0,38)	(-1,58)	(-2,34)
Fallzahl	2078	2078	287	287	295	290	276	305	338
Erklärungskraft (Pseudo-R²)	0,05	0,24	0,31	0,32	0,16	0,60	0,58	0,55	0,54

Erläuterung: Logistische Regressionskoeffizienten; z-Werte in Klammern; * p < 0,1; ** p < 0,05; *** p < 0,01. Für die beiden Modelle über alle Bundesländer hinweg wurden in den Darstellungen im Hauptteil der Studie nur Signifikanz mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit unter fünf Prozent angegeben. Die Bundesländerabkürzungen sind wie folgt: Sachsen (SA), Thüringen (TH), Brandenburg (BB), Sachsen-Anhalt (ST), Baden-Württemberg (BW), Rheinland-Pfalz (RP) und Mecklenburg-Vorpommern (MV). Die Reihenfolge der Bundesländer erfolgt chronologisch nach dem Wahldatum. „SD“ steht für Soziodemografie.

Abbildungsverzeichnis

- 7 Abbildung 1
Wahlergebnisse der AfD zwischen 2013 und 2016
- 9 Abbildung 2
Kausaltrichter der Wahlentscheidung
- 13 Abbildung 3
Regionales Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen 2014 bis 2016 in Flächenländern
- 14 Abbildung 4
Soziodemografische Faktoren im Vergleich und innerhalb der Bundesländer
- 15 Abbildung 5
Soziodemografische Faktoren und das Abschneiden der AfD auf Kreisebene
- 16 Abbildung 6
Erklärungskraft des Modells auf Kreisebene
- 18 Abbildung 7
Soziodemografisches Modell für alle Bundesländer
- 19 Abbildung 8
Kombiniertes Modell für alle Bundesländer

Tabellenverzeichnis

- 20 Tabelle 1
Soziodemografische Faktoren, Einstellungen und Wahlabsicht im Vergleich
- 24 Tabelle A1
Übersicht der verwendeten Variablen (Kapitel 5)
- 25 Tabelle A2
Regressionstabelle (Kapitel 5)
- 26 Tabelle A3
Übersicht der verwendeten Variablen (Kapitel 6)
- 27 Tabelle A4
Regressionstabelle (Kapitel 6)

Literaturverzeichnis

- Albrech, Joachim; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2016: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015, Gute Gesellschaft – soziale Demokratie 2017plus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12390.pdf> (17.4.2017).
- Arzheimer, Kai 2015: The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: *West European Politics* 38, S. 535–556.
- Asbrock, Frank; Kauff, Mathias; Issmer, Christian; Christ, Oliver; Pettigrew, Thomas F.; Wagner, Ulrich 2012: Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leicht macht, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände: Folge 10*, Berlin, S. 199–219.
- Benbowski, David 2015: Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.
- Berbuir, Nicole; Lewandowsky, Marcel; Siri, Jasmin 2015: The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics* 24 (2): S. 154–178.
- Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel 2011: Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens, in: Agard, Olivier; Helmreich, Christian; Vinckel-Roisin, Hélène (Hrsg.): *Das Populäre: Untersuchungen zu Interaktionen und Differenzierungsstrategien in Literatur, Kultur und Sprache*, Göttingen, S. 331–351.
- Faas, Thorsten 2010: Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten: Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden.
- Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.) 2014: *Handbuch Wahlforschung*, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W.; Winkler, Jürgen R. 2014: Wahlgeographie und Politische Ökologie, in: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 135–167.
- Franzmann, Simon T. 2014: Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung* 20, S. 115–124.
- Giebler, Heiko 2014: Partizipation und Parteiwahl bei der Europawahl 2009 in Deutschland: Nebenwahl oder einfach anders?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10569.pdf> (17.4.2017).
- Giebler, Heiko i. E.: Not Second-Order, But Still Second-Rate? Patterns of Party Choice in German State Elections, in: Schoen, Harald; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof (Hrsg.): *Voters and Voting in Context*, Oxford.
- Giebler, Heiko; Meyer, Thomas M. 2016: Links und rechts im Kontext: Die Einschätzung von Parteipositionen in Zeiten des Wandels, in: *WZB-Mitteilungen* Dezember (154), S. 18–20.
- Giebler, Heiko; Regel, Sven 2016: Ost versus West, arm versus reich, homogen versus heterogen? Eine Nachlese zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin, *WZB Democracy Blog*, <https://democracy.blog.wzb.eu/2016/09/27/ost-versus-west-arm-versus-reich-homogen-versus-heterogen-eine-nachlese-zur-abgeordnetenhauswahl-in-berlin/> (7.3.2017).
- Häusler, Alexander 2013: Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei, in: *Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*, Heinrich-Böll-Stiftung, Düsseldorf.
- Leininger, Arndt 2016: Kurzanalyse zur #hhwahl2015, *WZB Democracy Blog*, <https://democracy.blog.wzb.eu/2015/03/13/1788/> (7.3.2017).
- Lewandowsky, Marcel 2015: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25, S. 119–134.
- Lewandowsky, Marcel; Giebler, Heiko; Wagner, Aiko 2016: Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (2), S. 247–275.
- Miller, Warren E.; Shanks, J. Merrill 1996: *The New American Voter*, London.
- Müller, Johannes 2016: Die Mär von den ausländerfeindlicheren Ostdeutschen, in: *Zeit Online*, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/fremdenfeindlichkeit-osten-ursache-bevoelkerung-zusammensetzung-bildung-alter> (7.3.2017).
- Mudde, Cas 2007: *Populist Radical Right Parties in Europe*, New York.
- Niedermayer, Oskar; Hofrichter, Jürgen 2016: Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (2), S. 267–284.
- Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann 1980: Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: *European Journal of Political Research* 8 (1), S. 3–44.
- Schmitt-Beck, Rüdiger 2014: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2014 (1), S. 94–112.
- Stone, Walter J.; Buttice, Matthew K. 2010: Voters in Context: The Politics of Citizen Behavior, in: Leighley, Jan E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of American Elections and Political Behavior*, Oxford, S. 556–577.
- Taggart, Paul 2000: *Populism*, London.
- Vökl, Kerstin; Schnapp, Kai-Uwe; Holtmann, Everhard; Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) 2008: *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden.
- Wagner, Aiko; Lewandowsky, Marcel; Giebler, Heiko 2015: Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014, in: Kaeding, Michael; Switek, Niko (Hrsg.): *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden, S. 137–148.
- Weßels, Bernhard; Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger 2014: The Changing Context and Outlook of Voting, in: Weßels, Bernhard; Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Voters on the Move or on the Run?*, Oxford, S. 3–14.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn, http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_16/Gespaltene%20Mitte_Feindselige%20Zust%C3%A4nde.pdf (17.4.2017).

Datensätze und -quellen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) 2017: INKAR: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Ausgabe 2017, Bonn.

Landeswahlleiter_innen der jeweiligen Bundesländer für die Kreisergebnisse der AfD bei der jeweiligen Landtagswahl (Internetauftritt):

- Baden-Württemberg: <http://im.baden-wuerttemberg.de/de/land-kommunen/lebendige-demokratie/wahlen/>;
- Brandenburg: <http://wahlen.brandenburg.de/>;
- Mecklenburg-Vorpommern: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/>;
- Rheinland-Pfalz: <http://www.wahlen.rlp.de/>;
- Sachsen: <http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/>;
- Sachsen-Anhalt: <http://www.wahlen.sachsen-anhalt.de/>;
- Thüringen: <http://www.wahlen.thueringen.de/>.

Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Brandenburg 2014 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5739 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12284.

Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Sachsen 2014 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5738 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12283.

Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2015: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Thüringen 2014 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5740 Datenfile Version 2.0.0, doi:10.4232/1.12285.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Bundestagswahl in Baden-Württemberg 2016 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5741 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12531.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5744 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12674.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5743 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12533.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Henckel, Simon; Bieber, Ina; Scherer, Philipp 2016: Langfrist-Online-Tracking zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA5742 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.12532.

Impressum:

© 2017

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149/D-53175 Bonn
Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso
Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-806-0

Titelmotiv: © picture alliance/JFK/EXPA/picturedesk.com
Gestaltung: www.stetzer.net
Druck: www.bub-bonn.de

Den Teufelskreis durchbrechen:
Neue Strukturpolitik als eine Antwort auf wachsende Disparitäten,
WISO DIREKT – 2017

Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015
Gute Gesellschaft – soziale Demokratie 2017plus – 2016

Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“
WISO DIREKT – 2016

Der Wert gleicher Lebensverhältnisse
Gute Gesellschaft – soziale Demokratie 2017plus – 2015

Regionale Daseinsvorsorge:
Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe,
WISO DISKURS – 2015

Für eine Gemeinschaftsaufgabe zur Stärkung der
regionalen Daseinsvorsorge,
WISO DIREKT – 2015

Wettbewerb der Ideen in den Regionen,
WISO DISKURS – 2015

Wettbewerb der Ideen in den Regionen,
WISO DIREKT – 2015

Wer bestellt, bezahlt!
Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs
von Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann,
WISO DIREKT – 2014

Wer bestellt, bezahlt!
Für eine Reform des Finanzausgleichs zur Herstellung gleichwertiger
Lebensverhältnisse in Deutschland,
WISO DISKURS – 2014

Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs,
WISO DIREKT – 2013